INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM



Heute:

Birgit Hogefeld
Prozesserklärung 2.Teil

Antifademo
zu Silvio Meiers Todestag in Friedrichshain

Hauptstadtwahn
Fun und Demo

Antifademo
in Wurzen b. Leipzig

und vieles mehr

Nr. 397

15.11.1996

nur kurz:
Wir haben diesmal einige uns zugeschickte Artikel (noch) nicht reingenommen, weil es wegen mehrerer langen Texte (Hogefeld, Wurzen...) einfach keinen Platz mehr gab.
Außerdem möchten wir euch die Mittelseiten mit unserer **Umfrage** ans Herz legen. Wäre schön und für uns hilfreich, wenn´s richtig viel Rücklauf gäbe.

Inhalt:

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn es ganz dringend ist, könnt ihr es auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich "für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?



Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M 99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Anzeigen: wir drucken keine bezahlten Anzeigen ab; aber Verlage oder Gruppen, die eine Broschüre vertreiben, können uns einfach eine Anzeigenvorlage und vielleicht als Dankeschön ein Belegexemplar schicken und wir drucken dann im Normalfall die Anzeige ab. Die Größe bestimmen wir und alles ohne Gewähr.

TU ERNST !
FÜR KOLLEKTIVE LEBENSFORMEN !
GEGEN DEN HAUPTSTADTWAHN !

Hauptstadtwahn



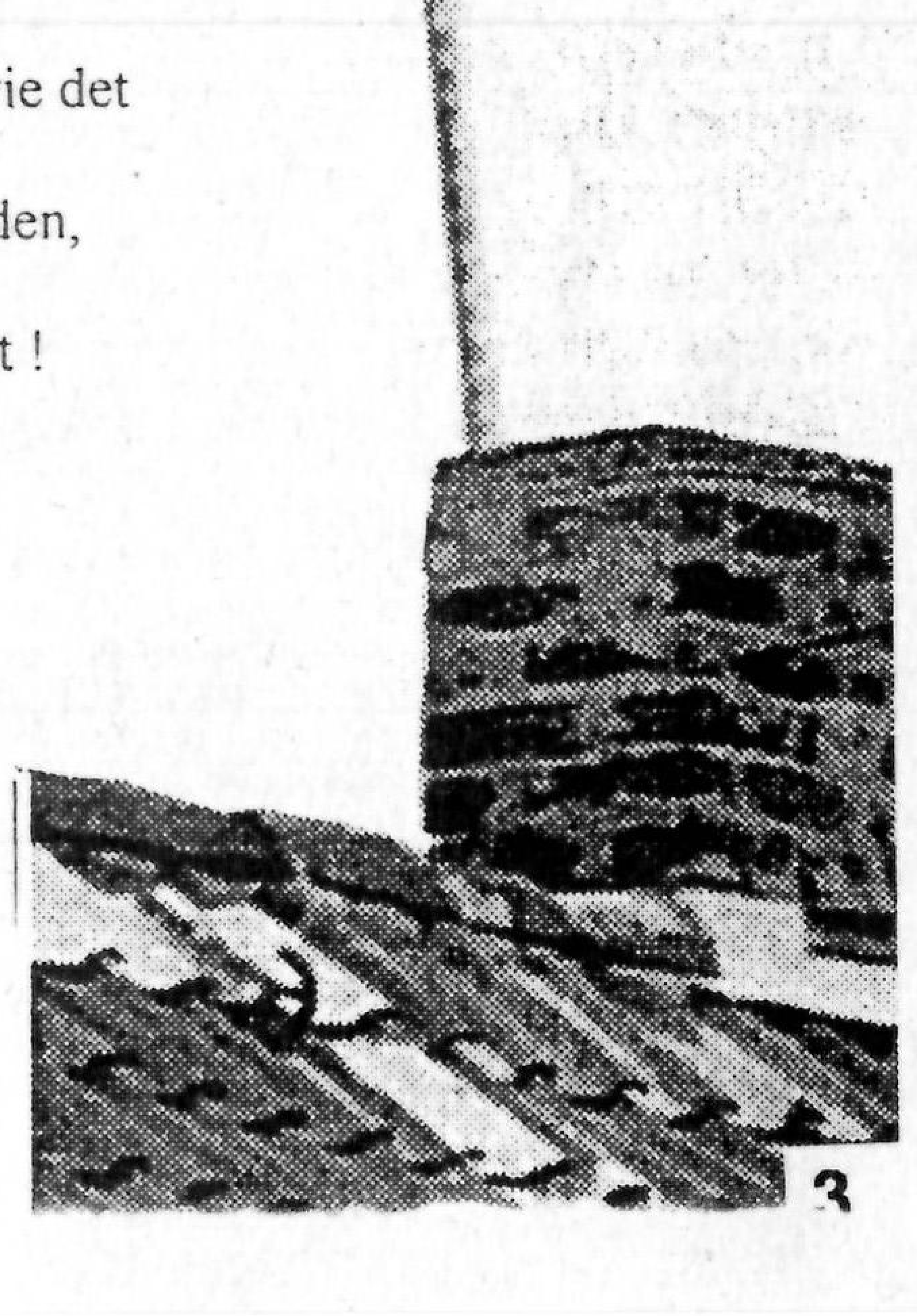
Soso, Häuserkampf ist also historisch. Aber sind wir das nicht alle ?
Wabert nicht hinter den Fanfaren der Muff von hundert Jahren ?
Liebe Sowi-StudentInnen im 15ten Semester (und alle anderen lieben Genossinnen und Genossen), die Ihr jetzt empört die Augenbraue zückt, ja, es ist wahr :
linksradikale oder emanzipatorische Politik liegt am Boden, unsere Konzepte sind nicht angestaubt, sondern vom Schimmelpilz zerfressen, unsere Pamphlete entweder so blöd, daß sie wieder komisch sind oder dermaßen langweilig, daß sie irgendwann nicht nach 129a, sondern nach dem Betäubungsmittelgesetz verboten werden !
Toll ! Und was nun ?
Schaut, wir haben im Augenblick Probleme. Richtige Probleme ! Da wird nämlich kein Militarist, nein, da wird ein Militär zum Innenminister gemacht, um in den letzten Jahren bis 1999, die der großen Koalition und Diepgen noch bleiben, die Hauptstadt von „Chaoten und Kommunisten" zu säubern !
So, und nun darfst Du (ja, Du. Ich weiß, individuell viel schlimm, aber irgendwie hilft Dir niemand beim Lesen, oder ?) darfst also DU mal rat welche das nun sind, die da weg sollen...

Wieviele aktiven Projekte, Gruppen, Zentren und nicht zuletzt wieviele Lebensläufe von Personen (Deiner ?) sind untrennbar mit der Geschichte vielleicht nur eines Hauses oder mit der Bewegung insgesamt verbunden ?
Kommt nicht das Gemecker und Gemoser über die Arbeit in Häuserstrukturen gerade auch von Leuten, die in ehemals besetzten Häusern leben, Verzeihung, wohnen ? Worum geht es hier eigentlich ?
Wenn wir nicht begreifen, daß die Politik die da im Augenblick betrieben wird, nur bei den immer noch besetzten Häusern ***anfängt*** und anschließend bei allen, aber auch wirklich allen emanzipatorisch/ gesellschaftlich/politisch aktiven Projekten und Personen weitergeht, dann brauchen wir uns wirklich nix mehr vorzumachen :
Die Krise der Linken liegt an der Linken. Diese blöde Abgrenzung von einem wichtigem Kampf zum Anderen ! Dieser Scheiß Kiez-Autismus !
Dieses ewige, unverbindliche, peinliche Hinterher-Rennen und Reagieren auf Schweinereien des Imperialismus, unorganisiert und einfach Panne !

Es geht um mehr als eine einfache Häuserdemo - es geht um *Angriff*, und zwar auf allen Ebenen.
Das hat jetzt (erstmal) nix mit Militanz zu tun, sondern daß wir zusammen arbeiten ! Daß wir mehr reden, wirklich reden darüber, wie det hier weitergehen soll ! Daß wir neue Ideen, neue Konzepte, neue ***Menschen*** bei uns zulassen und diese unerträgliche Heuchelei beenden, in deren Ursuppe immer noch die unerträgliche Arroganz vor sich hinfault, die uns (West-)deutsche Autonome so berühmt gemacht hat !

FRIEDE DEN HÜTTEN - KRIEG DEN PALÄSTEN !
AUF NACH TAKA-TUKKA LAND !

TU ERNST - Spektakel vom 24.11. - 30.11.
Spassguerilla prroudly presents :
spitzentolle SPASSDEMO „Wir können auch anders" mit Mucke, Tanzen, Rumtollen etc,etc ! Bringt Spunkfallen mit !
Sonntag 24.11.Traveplatz (U/S Frankfurter Allee), 14.00 Uhr



DEMONSTRATION
Samstag 30.11.Rosa-Luxemburg-Platz, 14.00 Uhr
Abschlußkundgebung + Konzert am Stadion der Weltjugend

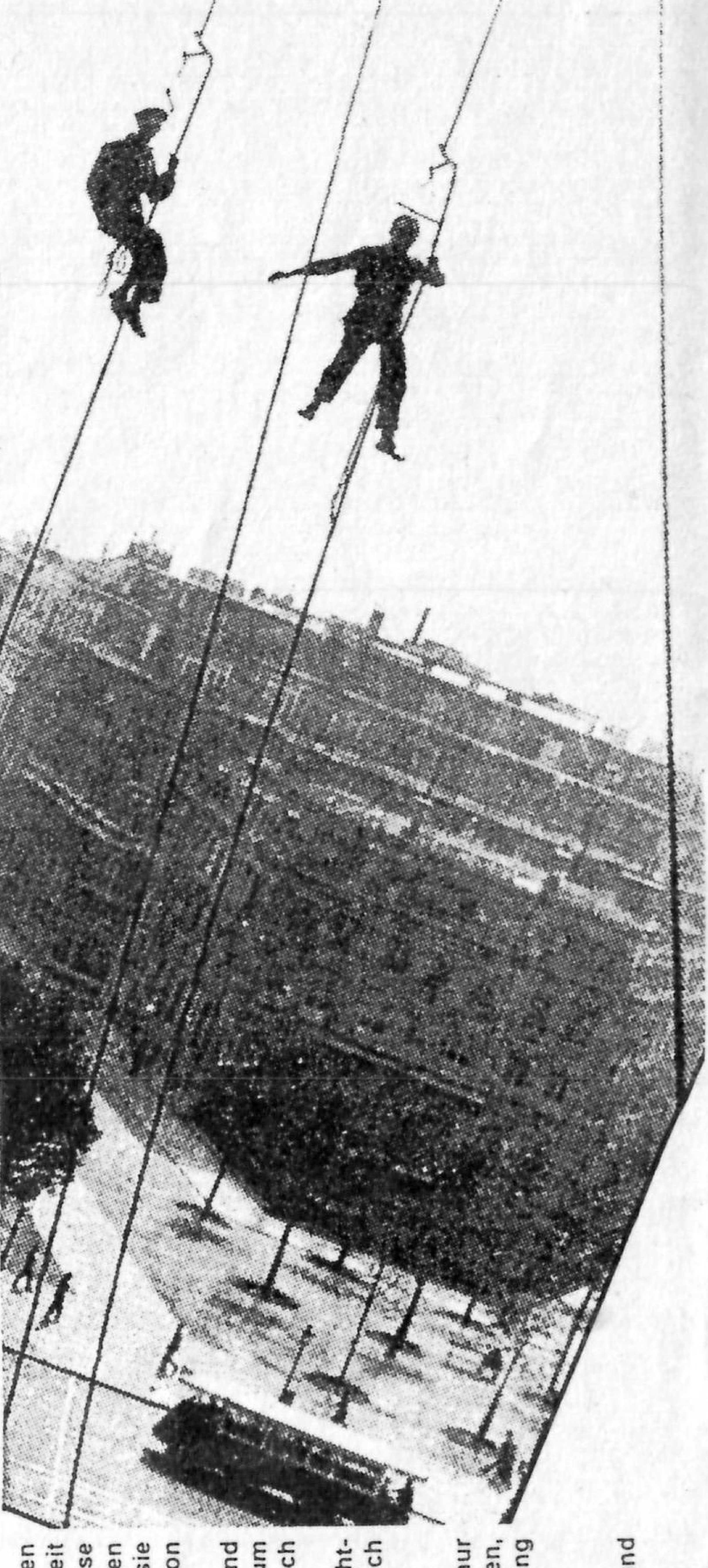
Diskussionsaufhänger und Aufrufentwurf (Vorschlag)

(Uns ist klar, daß dieser Entwurf noch sehr viele offene Fragen enthält, die wir ja vielleicht durch ne Diskussion klären können)

bundesweite linksradikale Anti-AKW-Demonstration

KAMPF DEM ATOMKAPITAL ÜBERALL!
SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT!
SOFORTIGE STILLEGUNG DES HERRSCHENDEN SYSTEMS!

Für Anfang November diesen Jahres waren vom Atomkapital 3 weitere Castor-Transporte in das Wendland geplant. Mittlerweile ist der Termin verschoben worden. Begründung: innerhalb dieser kurzen Zeit sei die benötigte Zahl von Polizeikräften nicht aufzubringen.
Dennoch laufen sowohl auf Seiten des Atomkapitals und des Staates als auch auf Seiten des Widerstandes die Vorbereitungen. Seit den Castor-Transporten nach Gorleben, dem immensen Polizeiaufgebot und dem vielfältigen, gewaltfreien bis militanten Widerstand gegen die Transporte wird das Thema Atomkraft und Energiepolitik wieder in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Anti-AKW-Bewegung scheint eine Wiedergeburt zu erleben - allerdings kaum vergleichbar mit dem Anti-AKW-Widerstand der 70er und 80er Jahre, der damaligen Größe und Massenmilitanz, die so einige Pläne der HERRschenden verhindern konnte. Und doch bietet der momentane Widerstand Grund zur Hoffnung: die Atomtransporte sind der Nerv und die Lebensader der Atomindustrie, hier ist ihre Schwachstelle, hier ist sie momentan angreifbar.
Immer mehr Menschen, die gegen diese Transporte Widerstand leisten, scheinen einzusehen, daß demonstrieren alleine nix nützt: Wurfanker werden in Oberleitungen geworfen, um die Bahn als Transporteurin des hochradioaktiven, gefährlichen Mülls zu sabotieren, Strommasten werden umgelegt, um den Energiekonzernen Schaden zuzufügen, es laufen viele kleine Aktionen. Militanter Widerstand ist präsent, wieder Thema. Straßenbarrikaden werden gebaut und angezündet, Polizeikasernen blockiert und Straßen unterhöhlt.
Auch beim zweiten Castor-Transport nach Gorleben waren viele Menschen im Wendland, der Widerstand hatte viele Gesichter. Und viele linksradikale Gruppen waren aktiv und wurden, wenn auch viel zu inhaltsleer, wahrgenommen.
Was sind die Motive für linksradikalen, revolutionären Anti-AKW-Widerstand ? Warum kämpfen wir als Linksradikale gegen Atomkraft und Castor-Transporte ?



Atomkraft ist eine mörderische Destruktivkraft und Ausdruck dieses menschenverachtenden Systems!

Was Atomkraft, Restrisiko und radioaktive Verseuchung (schon im Normalbetrieb!) bedeutet, ist den meisten Menschen seit Tschernobyl klar, an jedem Tag, an dem Atomkraftwerke weiterbetrieben werden, vergößert sich das unlösbare Problem des produzierten, hochradioaktiven Mülls. Atomkraft ist ein Angriff auf unser Leben, blockiert die notwendige radikale Energiewende und ist Ausdruck dieses Systems.
Wenn wir gegen Atomkraft kämpfen, wissen wir, daß dieser Kampf nicht isoliert zu führen ist. Wer von einer radikalen Energiewende - dazu gehört die Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit - spricht, darf die HERRschaftsverhältnisse, die es zu überwinden gilt, nicht ausklammern:

*dieses mörderische Profitsystem, das den gesellschaftlichen Reichtum bei wenigen konzentriert und alle ausgrenzt, die nicht mehr verwertet werden können.

Große Energiekonzerne kontrollieren den Energiesektor, je mehr Strom verbraucht und an den Menschen gebracht wird, umso mehr Profite kann das Atomkapital realisieren. Das ist die Logik im Kapitalismus: produziert wird nur für Profitinteressen , alles andere ist sekundär.
Die Energiepolitik der kapitalistischen Zentren ist Teil der kapitalistischen-patriarchalen Verhältnisse: von hier geht nicht nur die ökologische Zerstörung der Erde aus, es ist die verschwenderische, rohstoffverschlingende Produktionsweise, die Plünderung des Trikonts (Asien, Afrika, Lateinamerika) durch die Metropolen, die zur Ausbeutung und Unterdrückung so vieler Menschen weltweit führt.

*die patriarchale Unterdrückung von Frauen, die sämtliche Bereiche der Gesellschaft durchdringt.

Nicht nur, daß Atomkraft eine patriarchale Technologie darstellt, die einer Wissenschaft und Technik entspringt, die Resultat dieser auf MännerHERRschaft basierenden Gesellschaft ist. *(Dieser Absatz müßte unserer Meinung noch konkretisiert werden, feministische Wissenschafts- und Technikkritik, etc.)* Kapitalismus und Patriarchat hängen zusammen. Sexismus und Frauenunterdrückung sind Alltag. Dazu gehört neben der Alltagsgewalt gegen Frauen durch Männer die patriarchale Sozialisation, die dementsprechende Rollenzuweisung, die Benachteiligung von Frauen. Männer sind generell die Nutznießer dieser Strukturen, egal ob als Kapitalist oder Lohnarbeiter. Unbezahlte Reproduktionsarbeit, fast ausschließlich von Frauen geleistet, ist die materielle Voraussetzung der kapitalistischen Produktion. Auch die männlichen Lohnabhängigen haben eine Interesse, durch Frauen reproduziert zu werden. Hinzu kommt die absolute Benachteiligung von Frauen im Lohnarbeitsbereich, die überwiegenden Besetzung der HERRschaftsinstitutionen durch Männer.

*der Rassismus, der zu Abschiebungen, Sammellagern und Knästen für die Menschen führt, die vor den weltweiten Verhältnissen fliehen wollen.

Imperialistische Energiepolitik ist Teil der Strukturen, die Menschen zum Fliehen veranlassen, ihnen ihre Lebensgrundlagen zerstört, während sie hier der rassistischen Flüchtlingspolitik und dem rassistischen Konsens dieser Gesellschaft begegnen. Der Imperialismus der kapitalistischen Zentren und rassistische Grundlagen zeigen sich zum Beispiel beim Uranabbau. Fast 70% der Gebiete, wo Uranabbau weltweit betrieben wird - für die verschwenderische Energiepolitik der Metropolen - sind Lebensorte von Indigenas. Selbst bürgerliche Menschenrechte, die nicht gleich das Ende von HERRschaft bedeuten, sind im Umgang mit den Indigenas nicht zu sehen.
In den 50er Jahren hat Großbritannien oberirdische Atombombentest in Australien in Gebieten von Aborigines durchgeführt, der Tod und die atomare Verseuchung dieser Menschen war für den englischen Imperialismus unbedeutend, ebenso die Menschen im Mururoa-Atoll bei den französischen Atombombentests.
Der deutsche Imperialismus wird versuchen, den Griff zur Atombombe zu bekommen, der Forschungsreaktor in Garching wird nur der Anfang sein.

Kampf für eine radikale Energiewende heißt Kampf für eine andere Gesellschaft!

Wir denken, daß nur in einer Gesellschaft, in der die HERRschaft des Menschen über den Menschen aufgehoben ist, wo die Menschen ihr Leben unter den Bedingungen von sozialer Gleichheit selbstbestimmen, eine rationale, umweltverträgliche und nichtkapitalistische Produktionsweise eintreten wird. Die Menschen müssen sich die persönliche Verfügungsgewalt über ihr Leben zurückerobern, MännerHERRschaft, sexistische und rassistische Strukturen überwinden. Und sie sollten kollektiv und basisdemokratisch über das WAS, WIE und WO der Produktion selbstbestimmen - unter völlig anderen Bedingungen!
Dazu gehört die Zerschlagung der Energiekonzerne, um dezentral, verantwortungsvoll und selbstbestimmt innerhalb einer nichtkapitalistischen Produktionsweise Energie zu erzeugen. Zum Beispiel über regenerative Energien, gewonnen aus Sonne, Wind und Wasser, zunächst aber auch ergänzend über kleine Blockheizkraftwerke und Wärmedämmung.
Eine revolutionäre Umwälzung hin zu einer solchen Gesellschaft kann nur global sein. Die Macht- und HERRschaftsverhältnisse, von denen Atomkraft ein Teil ist, wirken international und sind auch nur international aufzuheben.

Wenn wir im Anti-Castor-Kampf engagiert sind, wollen wir diese Inhalte vermitteln. Es geht nicht nur um Gorleben. Was ist z.B. mit dem größten BRD-Zwischenlager Ahaus, dem Endlager Morsleben, der Urananreicherungsanlage in Gronau oder dem geplanten Forschungsreaktor FRM II in Garching ? Dem neuen Atomprogramm ? Den Plänen für einen europäischen Druckwasserreaktor EPR ?

Das Atomkapital ist überall angreifbar ! Verbreitern wir den Widerstand !

Eine Möglichkeit, unsere Inhalte auszudrücken, den radikalen Widerstand zusammenzubringen und weiterzuführen ist diese Demonstration.



Bericht über das erste Vorbereitungstreffen für eine linksradikale Anti-AKW-Demo in Berlin

Am 7.11.1996 trafen sich im Nachladen ungefähr 25 Leute zum ersten Vorbereitungstreffen für eine linksradikale Anti-AKW-Demonstration, die in Berlin stattfinden soll.
Anwesend waren Leute von der Ökologischen Linken (ÖkoLi) Berlin, vom Anti-Atom-Plenum Berlin, vom Anti-Olympia-Komitee AOK, vom Plenum Ex-Geschwulst, von BASTA-Linke Jugend Lübeck sowie Einzelpersonen.
Nach einer allgemeinen Vorstellung begann eine Diskussion, bei der sich zunächst herausstellte, daß alle anwesenden Gruppen und Personen die Notwendigkeit einer eigenen, linksradikalen Anti-AKW-Demo sehen. Dabei wurde festgestellt, daß es darum gehen muß, den radikalen Teil des Widerstandes zusammenzubringen bzw. sichtbar zu machen - und zwar über militanten Widerstand hinaus. Das von uns als Diskussionsaufhänger und eventuellen, unvollständigen Aufrufentwurf eingebrachte Papier wurde noch nicht diskutiert, wahrscheinlich beim nächsten Treffen.
Die Erwartungen und inhaltlichen Schwerpunkte der Demo sind unterschiedlich, wie sich auch herausstellte. Deswegen werden sich wahrscheinlich AGs bilden, z.B. zum Thema Patriarchat und Atomkraft, etc.
Sehr ausführlich diskutiert wurde über den anzustrebenden Zeitpunkt der Demonstration. Ein Teil der Leute schlug vor, die Demo im Februar durchzuführen, beim 150-jährigen Jubiläum von Siemens. Ein anderer Teil meinte, eine solche Initiative unabhängig von den Terminen der HERRschenden zu starten, um nicht immer nur in klassischer „Feuerwehrpolitik" zu agieren. Ein Ergebnis dieses Diskussionspunktes steht noch aus. Es soll wahrscheinlich eine bundesweite Demo sein. Geeinigt wurde sich darauf, sich am ***Donnerstag, den 14.11.1996 wieder im Nachladen, Waldemarstrasse 36*** zu treffen, um die Vorbereitungen und die Diskussion fortzuführen.

SOFORTIGE STILLEGUNG DES HERRSCHENDEN SYSTEMS!

Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin

Kampf dem Faschismus!

Mach ´ne Faust aus deiner Hand!



Demonstration

Sa. 23.11. · 14 Uhr · Frankfurter Tor

Am 21. 11. 1992 wurde der Antifaschist und Hausbesetzer Silvio Meier von Neonazis erstochen - mitten in Berlin, am U-Bahnhof Samariterstraße.

Vier Jahre später sind die braunen Schläger nach wie vor eine ständige Bedrohung für Linke, ausländische Menschen und alle anderen, die nicht in das Streichholzschachtel-Weltbild der Nazis passen.

Nur wenige hundert Meter von Silvios Todesort entfernt wurde erst kürzlich wieder ein Antifaschist von Nazis mit einem Messer bedroht und verfolgt. Und vor wenigen Wochen schlugen ebenfalls in Friedrichshain zwei Rechte einen linken Jugendlichen krankenhausreif.

In der Öffentlichkeit wird der rechte Terror aber verharmlost und kaum mehr wahrgenommen. Ein paar Lichterketten und die Verbote einiger Naziparteien haben das Gewissen der staatstreuen Deutschen beruhigt und sollen das Ansehen der BRD im Ausland wiederherstellen.

Und wenn ein spektakulärer Brandanschlag wie in Lübeck, wo zehn Flüchtlinge ihr Leben lassen mußten, das Bild trüben könnte, werden kurzerhand die Opfer zu Tätern gemacht. Safwan Eid, der selbst nur knapp den Flammen entkommen ist, stellt die deutsche Justiz als angeblich Schuldigen vor Gericht, während drei verdächtige Neonazis, die sogar Brandspuren im Gesicht hatten, einfach laufengelassen werden.

Gleichzeitig schwingt sich Deutschland zu einer neuen militärischen Großmachtrolle auf und schiebt täglich hunderte Flüchtlinge in Hunger, Krieg und Folter ab.

Wir finden, es ist Zeit zu handeln! Deshalb rufen wir für Samstag, 23. 11. 1996, zu einer Demonstration durch Friedrichshain auf. Wir wollen das Andenken an Silvio und die unzähligen anderen Opfer des rechten Terrors aufrechterhalten. Vor allem aber wollen wir zeigen: Die Faschisten und ihre Wegbereiter in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft haben weiterhin mit unserem Widerstand zu rechnen! Nichts ist vergeben - und niemand ist vergessen!

Der Mord an Silvio

Silvio starb am 21. 11. 1992 als er mit seinen BegleiterInnen im U-Bahnhof Samariterstraße auf eine Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher traf, von denen einer einen „Ich bin stolz Deutscher zu sein"-Aufnäher trug. Silvio und seine Freunde forderten den stolzen Deutschen auf, den Aufnäher abzunehmen. Nach einem kurzen Handgemenge zogen die Nazis Messer und stachen auf die Antifas ein. Silvio starb noch im U-Bahnhof, zwei weitere Personen wurden schwer verletzt.
In den Medien wurde in den nächsten Tagen versucht, den politischen Hintergrund des Mordes zu leugnen, und statt dessen von „Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendlichen" berichtet. Mit der Lüge, Silvio wäre mit seinem eigenen Messer erstochen worden, sollten sogar die Antifas als die wahren Schuldigen präsentiert werden.
Die Justiz stand da nicht nach und ermittelte gegen Silvios BegleiterInnen wegen gefährlicher Körperverletzung, obwohl keiner der Nazis auch nur eine Schramme hatte. Währenddessen übte die Polizei massiven Druck auf die verletzten Opfer aus; diese sollten ihre Aussagen ändern und zugeben, daß sie die eigentlichen Schuldigen seien.
Schließlich kam es dann doch zu einem Prozeß gegen die Faschisten - mit vorhersehbarem Ergebnis: Zwei von sieben beteiligten Nazis wurden zu geringen Haftstrafen verurteilt, einer nur auf Bewährung. Die restlichen Dumpfbacken waren erst gar nicht angeklagt worden.

„Wenn der, der nicht allein gekämpft hat, erschlagen ist, hat der Feind noch nicht gesiegt" (Brecht)

Wir finden es wichtig, den Mord an Silvio nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Unsere Achtung gilt all jenen, die den Kampf gegen den Faschismus mit dem Leben bezahlt haben. Betroffenheit und Trauer allein ändern aber nichts. Wer betroffen gegen Nazis schweigt, erteilt ihnen das Wort! Es ist nicht nur wichtig, den alten Kämpfen zu gedenken, sondern auch die neuen zu führen. Und da gibt es genug zu tun:
Allein in Brandenburg wurden im ersten Halbjahr '96 über 200 Straftaten von Rechtsradikalen amtlich registriert; - daß es in Wirklichkeit viel mehr waren, ist klar. Erst im Sommer gab es eine ganze Serie von Überfällen rechter Schläger auf Campingplatz-Urlauber in Mecklenburg-Vorpommern. In Wurzen, Mahlow und Trebbin wurden in den letzten Monaten ausländische Arbeiter von Neonazis zum Teil lebensgefährlich verletzt.
In Berlin sieht's nicht besser aus: Marzahn, Treptow, Lichtenberg sind nach wie vor Hochburgen der Nazis. In Hohenschönhausen nahmen kürzlich 30 Rechte eine Disco auseinander, und selbst im Szene-Kiez Friedrichshain machen sich ja schon die Faschos zwischen den wenigen besetzten Häusern breit, die noch nicht Innensenator Schönbohms Räumungswahn zum Opfer gefallen sind.
Einer der Treffs der rechten Szene ist z.B. „Peters Bier-Bar" in der Rigaer Straße. Schon mehrmals gingen von dort Übergriffe der Nazis aus. Mehrmals mußte aber auch schon der Besitzer die Schaufenster seines Lokals erneuern, weil sich einige Leute nicht mit einem Nazitreff in Friedrichshain abfinden wollten.

Wer, wenn nicht wir! Wann, wenn nicht jetzt! Stoppt die Nazis!

Diese Beispiele machen deutlich, daß es weiterhin notwendig ist, den Nazis Widerstand entgegenzusetzen. Daß wir dabei vom Staat und seinen „Ordnungshütern" nichts zu erwarten haben, hat sich oft genug gezeigt.
Während antifaschistische und linke Gruppen systematisch verfolgt und zu „kriminellen Vereinigungen" erklärt werden, konnten beispielsweise im August hunderte von Faschisten trotz massiven Polizeiaufgebots zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter und Kriegsverbrecher Rudolf Hess aufmarschieren. Von der Polizei geduldet verbreiteten die Nazis in mehreren Orten der BRD ihre menschenverachtende Hetze.
Doch wen wundert's bei einer Polizei, die selbst von Amnesty International wegen ihrer rassistischen Einstellung und fremdenfeindlichen Ausschreitungen angeprangert wird. Erst im September offenbarten sieben Polizisten des USK - einer Sondereinheit, die als Schlägertrupp gegen linke Demos eingesetzt wird - ihre Gesinnung und posierten in der Polizeikaserne mit Hitlergruß unter einem Rudolf Hess-Transparent.
Von offizieller Seite wird alles getan, den rechten Terror zu vertuschen und zu verharmlosen. So wurden etwa die Zeltplatz-Überfälle im Sommer zunächst als „spontane Auseinandersetzungen zwischen Jugendgruppen" dargestellt und jeglicher rechtsradikaler Hintergrund geleugnet.
Es ist immer das gleiche Schema: Die Täter werden als verwirrte, unpolitische Einzelgänger dargestellt, ohne Kontakt zu rechten Organisationen.
Und zur Not werden eben die eigentlichen Opfer zu Tätern gemacht - das war bei Silvio so, das war in Lübeck so oder auch in Fürstenwalde, wo im August ein libanesischer Imbißbudenbesitzer, der von Neonazis überfallen worden war, festgenommen und wegen Körperverletzung angezeigt wurde, weil er sich mit einem Messer gegen die Angreifer gewehrt hatte.
Eins ist klar: Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, dann müssen wir selbst aktiv werden und uns organisie-



Mahnwache für den ermordeten Silvio im U-Bahnhof Samariterstraße



[illegible]montage
[illegible] Hintergrund
[illegible]aufmarsch in
[illegible] 1995)

ren, ohne uns auf irgendwelche pseudo-neutralen Staatsdiener zu verlassen.
Auch wenn uns jeden Tag gesagt wird, man könne nichts machen, auch wenn sie uns als ahnungslose Jugendliche abtun wollen: Diese Welt ist von Menschen gemacht und deshalb veränderbar - und davon werden wir uns nicht abhalten lassen, schon gar nicht von denen, die es sich hier bequem gemacht haben und ohnehin nur an unserem Scheitern interessiert sind!

Sie sagen: Steine sind keine Argumente und schlagen mit Knüppeln, vergiften mit Chemie, verseuchen mit Atom, töten mit Gefängnissen. Sie haben Recht: Steine sind keine Argumente. Steine sind erst zögernde Versuche, uns zu artikulieren, in der einzigen Sprache, die sie verstehen"

Oft wird Antifas und Autonomen vorgeworfen, daß sie im Kampf gegen Nazis Gewalt nicht ausschließen und sich dadurch auf eine Stufe mit den Rechten stellen würden. Dazu nur soviel: Natürlich ist der Einsatz von Gewalt kein Allheilmittel zur Lösung von Konflikten. Es entspricht dem Weltbild der Faschisten, daß sich nicht die besseren Argumente, sondern die dickeren Oberarme durchsetzen. Gerade das „Recht des Stärkeren" ist ein zentrales Element in der Ideologie der Nazis.
Dennoch denken wir, daß es Situationen gibt, in denen man den Faschisten auf ihrer Ebene der Auseinandersetzung begegnen muß - und zwar bevor die rechte Menschenjagd das nächste Opfer gefordert hat. Die Welt ist nunmal mehr als eine einzige große Diskussionsrunde! Wenn Nazis z.B. auf offener Straße Menschen zusammenschlagen, stellt sich nur die Frage, die Angegriffen zu verteidigen - oder sich durch Nichtstun faktisch auf die Seite der Faschisten zu stellen. Die Realität hat gezeigt, daß sich der braune Mob gerade da breit macht, wo er den geringsten Widerstand zu erwarten hat.
Und entscheidend ist doch, zu welchem Zweck und Ziel ein Mittel wie Gewalt eingesetzt wird. Wir lassen es nicht zu, daß links und rechts einfach gleichgesetzt wird, als ob es keine Bedeutung hätte, welche Gründe die Aktiven für die Wahl ihrer Mittel haben. Wichtig ist schließlich, was genau durchgesetzt werden soll und mit welcher Berechtigung!
Uns kommt es darauf an, die Nazis gesellschaftlich zu isolieren, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, ihre menschenverachtenden Vorstellungen zu verbreiten - und damit für die Perspektive eines solidarischen Zusammenlebens aller Menschen zu kämpfen, in der Gewalt überflüssig wird.

Antifaschismus heißt
Kampf für eine revolutionäre Perspektive!

Wir wollen aber nicht nur wie gebannt auf die ach so fiesen Neonazis starren. Die vertreten zwar genau das Gegenteil von dem, was wir wollen, und stellen außerdem eine konkrete Bedrohung dar. Deshalb ist es weiterhin notwendig gegen die organisierten Faschisten und ihre schlagenden Handlanger vorzugehen.
Antifaschismus ist aber nur ein Punkt in unserem Kampf für ein besseres Leben. Denn: Faschismus hat gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursachen, mit denen wir uns genausowenig abfinden wollen.



„Ach wir hatten
Viele Herren
Hatten Tiger
Und Hyänen
Hatten Adler,
Hatten Schweine
Doch wir nährten
Den und jenen.
Ob sie besser waren
Oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich
Dem Stiefel immer
Und uns trat er.
Ihr versteht:
Ich meine
Daß wir keine
Anderen Herren
Brauchen,
Sondern keine!“
(Brecht)

In den dreißiger Jahren waren es unter anderem die großen Konzerne und die konservativen Eliten, die Hitlers NSDAP an die Macht brachten. 1945 wurde zwar der Nationalsozialismus zerschlagen; in der BRD überdauerte aber das kapitalistische Wirtschaftssystem, und der Großteil der Eliten in Bürokratie, Justiz, Militär und Wirtschaft setzte seine Karriere nahtlos fort.
Auch heute ist der Faschismus keineswegs eine Randerscheinung der Gesellschaft. Die Nazis vertreten nur in verschärfter Form, was auch in diesem System des „Jeder gegen Jeden“ die Grundlagen des Zusammenlebens sind: Rassismus, Nationalismus, die Unterdrückung von Frauen, Konkurrenz- und Leistungsdruck, kapitalistische Ausbeutung, ...
Ein gutes Beispiel für die Interessengemeinschaft zwischen bekennenden Faschisten und bürgerlichen Kreisen war die Aushebelung des Asylrechts. Nach einer Welle rechtsradikaler Brandanschläge und Morde setzten die etablierten PolitikerInnen die Ausländer-Raus-Forderungen des Nazimobs in die Tat um und verwiesen hunderttausende Flüchtlinge des Landes - unter breiter Zustimmung der Bevölkerung.

Zwar waren die Gründe unterschiedlich: Während die Nazis in ihrem Rassenwahn für ein „deutsches Deutschland“ mordeten, ging es den Wirtschaftsbossen und ihren Interessenvertretern in der Politik um die Absicherung der Wohlstandsinsel Deutschland. Doch für die Betroffenen blieb das Ergebnis das gleiche.
Im Moment scheint für die Herrschenden kein Bedarf zu bestehen, auf ihre Kettenhunde zurückzugreifen: Sozialabbau, die Militarisierung der Außenpolitik, der Ausbau des Polizeistaats - all das kann derzeit auch ohne die rechtsradikale Vorhut durchgesetzt werden.
Und auf Dauer hätten die Bilder von brennenden Flüchtlingsheimen, die um die Welt gingen, dem Ansehen der BRD und vor allem den Exportchancen der deutschen Konzernbosse wohl doch zu sehr geschadet.
Die staatlichen Aktionen gegen die Nazis müssen allerdings vor diesem Hintergrund als das gesehen werden, was sie letztlich sind: verlogene, taktische und oberflächliche Winkelzüge! Konsequenter Antifaschismus muß deswegen auch den Kampf für eine revolutionäre Perspektive einbeziehen.

Jugendantifa Friedrichshain

antifaschistische Demonstration



Leipzig, den 6.11.1996

Liebe Antifas, hiermit schicken wir Euch das

Protokoll des 2. bundesweiten Vorbereitungstreffen (2.11.96) für die antifaschistische Demo am 16.11. in Wurzen

anwesende Gruppen

30 Gruppen aus 23 Städten

Stand der Demo

- bundesweite Resonanz im Antifa-Spektrum und unter autonomen Gruppen sehr gut (was u.a. die Infotour in ca. 30 Städten gezeigt hat)
- **PDS** unterstützt nach anfänglichen Schwierigkeiten (wegen dem Aufruf und der vermeintlichen autonomen Dominanz) mit ihren verschiedenen Gliederungen (Muldentalkreis, Leipzig, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bund usw.) die Demonstration und mobilisiert dazu
- **B90/Grüne** im Muldentalkreis haben Verständnis für das Anliegen der Demo, aber die Demo würde zur falschen Zeit am falschen Ort stattfinden und 6 Jahre der B90/Grüne-Arbeit kaputt machen, d.h. keine Unterstützung der Demo. Bei B90/Grüne Leipzig, Sachsen und bundesweit ist eine Positionierung zur Demo in der Diskussion, positivere Resonanz als bei B90/Grüne im Muldentalkreis zeichnet sich jedoch schon ab, sie werden die Demo als solche wahrscheinlich jedoch nicht unterstützen
- die **SPD** (Wurzen und Nordsachsen) spricht sich für ein Verbot der Demo aus, weil sie die Situation wieder eskalieren würde (angeblich hätte sich die Lage beruhigt und alles sei auf dem Weg zur Besserung)
- **CDU** bzw. die CDU-beeinflußten Behörden in Sachsen sprechen sich zur Zeit gegen ein Verbot der Demo aus, da es ja das Grundgesetz-Versammlungsfreiheit gibt und Gewalttätigkeiten zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu befürchten sind, behalten sich jedoch ein Verbot bei einem eventuell neuen Erkenntnisstand vor.
- die Demo wird von über **70 Gruppierungen, Parteien, Organisationen und Einzelpersonen unterstützt**
- der **Bündnischarakter** der Demo ist zur Zeit hauptsächlich durch die (zahlreiche) Teilnahme von **PDS**-Mitgliedern und SympathisantInnen sowie Mitgliedern des Bundes der Antifaschisten (**BdA**) gegeben, andere Parteien (SPD, B90/Grüne), Kirchenkreise sowie Gewerkschaften konnten trotz unserer Bemühungen nicht zur Unterstützung der Demonstration bewogen werden (es gibt nur wenige Ausnahmen)
- die Einschätzung von **3000 DemoteilnehmerInnen** erscheint uns weiterhin realistisch

Polizei

- es gab am 1.11. von Seiten der AnmelderInnen ein Gespräch mit den zuständigen Behörden in Grimma (Polizei, Ordnungsamt, Straßenverkehrsamt), dabei ging es nicht um eine wie auch immer geartete Sicherheitspartnerschaft, sondern darum, den Behörden unserer Standpunkte mitzuteilen und vor einem schriftlichen Auflagenbescheid zur Demo schon mitzukriegen, was von Polizeiseite zu erwarten ist
- die Polizei rechnet vom Charakter her mit einer reinen Autonomendemo und begründet damit die Auflagen (bislang sind diese nur mündlich ergangen)
- **Vorkontrollen** finden auf den Straßen vor Wurzen statt sowie am Bahnhof Leipzig (für die, die mit der S-Bahn fahren), es wird auf Waffen und verbotenen Schutzbekleidung kontrolliert, unserer Meinung nach jedoch nicht alle Personalien aufgenommen; die Polizei weiß, daß die Demo erst beginnt, wenn alle da sind
- **Parkplatz**: Busse sollen in der Nähe vom Hauptbahnhof parken (siehe Stadtplan, P2 und P3 - Am Steinhof, Bahnhofsstr.), PKW in der Nähe vom Freibad (P1, ca. 1 km vom Bahnhof entfernt, nach der Muldebrücke rechts); P2 und P3 wären zu klein für alle Autos; einem gemeinsamen Parkplatz (P1) stimmt die Polizei nicht zu; es kann sein, daß die Polizei vom Osten kommende Autos (B6 - Dresdner Str.) zu den Parkplätzen in der Stadt schickt und nicht durch die Stadt zum westliche gelegenen PKW-Parkplatz P1 fahren läßt; die Polizei sicherte den Schutz der Parkplätze zu
- eine "polizeiliche Begleitung" am Rand der Demo wird es geben, von der Polizei als locker bezeichnet (sprich: wahrscheinlich kein geschlossenes **Spalier**, aber Gruppen am Rand, die sich jederzeit zum Spalier aufreihen können und die vorallem die Seitenstraßen dicht machen und bestimmte Objekte gesondert schützen)
- **Vermummung** wird von der Polizei nicht geduldet, jedoch soll bzw. kann die Vermummung im konkreten Einzelfall (Kamera der Anti-Antifa z.B.) für eine bestimmte Zeit geduldet werden; Personen, die sich die ganze Zeit vermummen, will die Polizei abgreifen; empfehlenswert ist es sich mit Schal (Winter) und Sonnenbrille (Schneeblindheit) zu schützen und nicht mit Hassis oder Helmen
- die Polizei will an 3 Stellen stationäre **Kameras** einrichten (zur "Verkehrsregelung), diese Aufnahmen werden (angeblich) nicht auf Video aufgenommen, sondern landen lediglich auf dem Bildschirm im Einsatzzentrum; ansonsten führen einige PolizistInnen tragbare Kameras mit sich, es soll angeblich nur bei Straftaten gefilmt werden (verstärkte Vermummung, Ausschreitungen usw.)
- **Seile und Seitentranspis** sind nicht gestattet; empfohlen wird, Transpis an Stangen zu tragen (d.h. nach vorne ausgerichtet und nicht an der Seite)
- die Polizei hat angekündigt, **Faschoprovokationen** nicht zu dulden und schon bei der Anwesenheit von Faschos einzugreifen

Anreise

- per Zug ab Leipzig, es fahren zu folgenden Zeiten **S-Bahnen: 11^{31}, 12^{31}, 13^{31}** Uhr; da viele Leute mitfahren wollen und in eine normale S-Bahn maximal 400 Personen passen, sollten Gruppen, die nicht von weit weg kommen, schon gegen 11 Uhr da sein, um mit der ersten S-Bahn mitfahren zu können; es werden eventuell an die S-Bahnen Wagen angehängt
- Anreise **per Auto** direkt nach Wurzen zu den Parkplätzen, möglichst im Konvoi (um nicht so leicht rausgezogen und schikaniert werden zu können)
- Anreise von Leipzig aus: die Bundesstraße B6 (Richtung Dresden) führt direkt durch Wurzen, Parkplatz P1 befindet sich kurz nach Ortsbeginn auf der rechten Seiten, P2 und P3 in der Stadtmitte (siehe Stadtplan)

- ZWISCHENKUNDGEBUNG (Landratsamt) - August-Bebel-Str. - Friedrich-Schiller-Str. - Rosa-Luxemburg-Str. - Dresdner Str. - Käthe Kollwitz-Str. - ZWISCHENKUNDGEBUNG (ehemals besetztes Faschohaus) - Bahnhof
(siehe auch Stadtplan)
- am **Demotag** gibt es nochmals eine genaue **Routenbeschreibung** mit allen eventuellen Änderungen

Presse

- eine positive Presseresonanz ist uns sehr wichtig, die Demo ist eingebettet in eine intensive Pressearbeit des BGR seit April 1996; deshalb soll es aus der Demo heraus **keine Aktionen gegen JournalistInnen** geben
- die **OrdnerInnen** kümmern sich um Leute, die vorgeben, von der Presse zu sein, es aber offensichtlich nicht sind (z.B. Anti-Antifa, Staatsschutz)
- am 1.11. hat eine Pressekonferenz von uns und den AnmelderInnen zur Demo stattgefunden, kurz vor der Demo wird eine (zweite) Presseerklärung an alle wichtige Medien geschickt, inklusive wichtige Verhaltensweisen wie: sich **akkreditieren lassen**, keine Gesichter abfilmen, Nahaufnahmen nur nach Nachfrage bei den Betroffenen und dem Hinweis, daß ihre Anwesenheit sehr erwünscht ist, wir aber nicht für die Sicherheit garantieren können, wenn sie sich "danebenbenehmen"
- am Bahnhof Wurzen wird es **kurz vor Demobeginn einen Treffpunkt für die Presse** geben, wo wir neueste Infos durchgeben, kurz Sinn und Anliegen der Demo erklären und nochmals auf die journalistischen Grundregeln hinweisen, außerdem können sich dort die JournalistInnen akkreditieren lassen und erhalten eine gut sichtbare Armbinde
- zu Demobeginn gibt es eine Durchsage, daß Presse erwünscht ist und JournalistInnen mit Armbinde nicht angepöbelt oder bedroht werden sollen
- vor, während und nach der Demo ist das **Pressebüro** in Leipzig besetzt
- kurz nach Demoende findet in Wurzen eine **Pressekonferenz** statt

Alk

Das Vorberietungstreffen hat aus Sicherheitsgründen und wegen der Vermittelbarkeit der Demoinhalte beschlossen:
- Angetrunkene Leute kommen nicht mit auf die Demo
- Leute mit Alk lassen entweder den Alk stehen oder kommen nicht mit
- das durchzusetzen, dafür sind alle verantwortlich
- es kümmern sich auch die OrdnerInnen darum, die aber auf die Unterstützung aller DemoteilnehmerInnen angewiesen sein werden
- es ist wichtig schon am Bahnhof in Leipzig darauf aufzupassen

Ausweichkonzept

- momentan sieht es nicht so aus, daß die Demo verboten werden würde (strenge Auflagen würden uns aber nicht überraschen), trotzdem gibt es ein Ausweichkonzept
- sollte die Demo verboten werden, werden wir juristisch dagegen vorgehen
- sollte die Demo in letzte Instanz verboten bleiben bzw. ein Sieg auf der juristischen Ebene aussichtslos sein, findet die Demo in **Leipzig** statt (notfalls als Protestdemo gegen das Demoverbot)
- sollten alle Ersatzveranstaltungen in ganz Sachsen ebenfalls verboten sein, weichen wir auf die nächste Stadt in einem anderen Bundesland aus: **Halle** (Sachsen-Anhalt)
- sollte die Demo ganz kurzfristig verboten werden und ein Teil der Leute schon in Wurzen sein, wird versucht, die Demo in Wurzen durchzuführen (notfalls als Protestdemo gegen das Verbot), in diesem Fall wäre noch zu klären, wie sich die BündnispartnerInnen verhalten (vorallem PDS), darüber entscheiden dann die Städte-Delegierten
- sollte die Demo verboten sein, müßten sich alle anreisenden Gruppen über den neuesten Stand unter der Infonummer informieren

Nachbereitung

Ein Nachbereitungstreffen findet am Sonnabend, den 30.11.1996, in Leipzig statt

Materialien

noch zu haben:
Pressemappe mit Artikeln seit 1991 (100 S., 20 DM)
Broschüre "Wurzen - Entwicklung im Muldentalkreis 1991-1996" (108 S., 5 DM, ab 20 Broschüren 4 DM)
Internet-Ausgabe der Broschüre auf Diskette (5 DM) bzw. im Internet unter http://www.nadir.org
Video (Zusammenschnitt von Fernsehbeiträgen, ca. 10 min, 5 DM)
Handzettel (kostenlos)
Aufrufe (kostenlos)

Die Demoplakate sind trotz Nachdruck alle!

Telefonnummern:

Infonummer: 0341-2119322 (für alle Infos von uns oder an uns, wie Pennplätze, Infos über den aktuellen Stand bezüglich der Demo, Kontrollstellen, Wegbeschreibungen) (Besetzungszeiten: *Donnerstag, 14.11. von 15.00-22.00 Uhr, Freitag 15.11 von 15.00-22.00 Uhr, Sonnabend 16.11. ab 9.00 ganztägig, ansonsten Anrufbeantworter*)

BGR: Tel 0341-4777829 Fax: 0341-9608303 (für die Kommunikation mit dem Demovorbereitungskreis vor der Besetzung der Infonummer, z.B. Anmeldung von Übernachtungsplätzen, Bestellung von Infomaterialen, Zusage von Übernahme von Aufgaben während der Demo) (Besetzungszeiten: *jeden Montag ab 20 Uhr*, Anrufbeantworter wird *bis zum Mittwoch 14.11.* regelmäßig abgehört bzw. Telefon ist auch an anderen Tagen besetzt, danach Infonummer benutzen, das Fax wird ebenfalls bis zum 16.11. regelmäßig "besucht")

Ermittlungsausschuß: 0341-2119313 (nur für Informationen, die im Zusammenhang mit einer Verhaftung oder ähnlichen Polizeimaßnahmen stehen) (Besetzungszeiten: *Sonnabend, 16.11. ganztägig, danach nach Bedarf*) (siehe auch das Flugblatt des EA)

Pressebüro: 0341-2113582, Fax: 0341-2116344 (für JournalistInnen) (besetzt: *jeden Montag, Mittwoch, Freitag vor der Demo, 9-13 Uhr, sowie am 16.11. ganztätig*)

- Anreise über Autobahn: A14 Richtung Dresden, Abfahrt Grimma/Wurzen, dann B107 direkt nach Wurzen bzw. Abfahrt Leipzig-Ost, dann B6 nach Wurzen
- jeder Konvoi sollte über ein **Funktelefon** verfügen, um der **Infonummer** bescheid zu geben, wo es Kontrollen gibt, ob Leute verhaftet wurden, ob sich Kontrollen länger hinziehen (die Demo geht erst los, wenn alle da sind!), an den Kontrollpunkten wollen Landtagsabgeordnete der PDS anwesend sein, um aufgrund ihrer Funktion im Bedarfsfall mit der Polizei zu verhandeln
- die Polizei hat angekündigt, zwischen Parkplatz und Demotreffpunkt nicht zu kontrollieren, falls nicht irgendwelche Waffen gesichtet werden (da die Kontrollen schon vor Wurzen stattfinden)
- wir empfehlen allen PKW's, auch die, die aus dem Osten kommen, d.h. über die Dresdner Str., bis zum Parkplatz P1 zu fahren (dieser ist groß genug und kann am besten geschützt werden, außerdem können von dort größere Gruppen gemeinsam zum Demotreffpunkt gehen)
- die Anreise nach Leipzig sollte möglichst erst am Sonnabend erfolgen, da am Freitag nur beschränkt **Übernachtungsplätze (bitte rechtzeitig anmelden,** siehe Telefonnummern) und Essen zur Verfügung steht (wer sich rechtzeitig - **bis spätestens Donnerstag**, 14.11. - anmeldet, erhält aber auf alle Fälle ein Pennplatz, bitte Isomatte und Schlafsack mitbringen)
- am Sonnabend kümmern wir uns nicht um die **Verpflegung**, fertigen jedoch einen Plan an, auf dem alle empfehlenswerten gastronomischen Einrichtungen und Partys in Leipzig verzeichnet sind
- Anreise nach Leipzig zum Bahnhof: es gibt kaum kostenlose Parkplätze in der Innenstadt
- Anreise am Freitag: zum Conne Island (CI), Koburger Str. 3 (letztes Vorbereitungstreffen sowie Pennplatzbörse, Informationsstelle): das CI befindet sich in Leipzig Connewitz, mit dem Auto oder der Straßenbahn 28 vom Stadtzentrum nach Süden - Peterssteinweg, Karl-Liebknecht-Str - Connewitzer Kreuz - Wolfgang-Heinze-Str. - Haltestelle Koburger Brücke / direkt vor der Hochstraßen-Brücke links rein

Redebeiträge

es wird folgende Redebeiträge geben
- **zu Demobeginn**, Sinn und Zweck der Demo, Situation in Wurzen, unsere Analyse vom faschistischem Zentrum, *von Leipzig*
- **über Wurzen**, kurze an jedem Ort, wo angehalten wird, zu den jeweiligen Vorfällen bzw. der Bedeutung der Objekte für die Faschos, *von Leipzig*
- **Umstrukturierung der Faschoszene**, von *Antifa HaQu*
- Bedeutung der **NPD/JN-Strukturen** für die (militante) Faschoszene, *von Hamburg*
- **Antifa-Arbeit in der Provinz** (unter Vorbehalt), *von Nierstein*
- **Repression gegen AntifaschistInnen**, *von Leipzig*
- "Grußworte" *vom PDS-Chef Bisky*

die Redebeiträge sollten nicht länger als 3-5 Minuten dauern

Aufgabenverteilung

- **Parkplatzschutz** (von *Leipzig* bislang nur provosorisch abgedeckt, entweder es findet sich noch eine Gruppe oder es müssen von jedem großem Konvoi ein oder zwei Leute dableiben) (da die Polizei Schutz zugesagt wird, werden wahrscheinlich nur ein paar Leute gebraucht, die auf die Polizei aufpassen...)
- **Lautsprecherwagenschutz** (*geklärt*)
- **OrdnerInnen** (geplant ca. 50 OrdnerInnen, kann nicht alles von Leipzig abgedeckt werden, es gibt von außerhalb schon einige Zusagen, aber noch nicht genug)
- **Gruppen, die sich um Faschoprovos kümmern**, falls dies die Polizei nicht tut: (*fast geklärt*)
- **Sanigruppe** (*angefragt, Beteiligung von anderen Gruppen erwünscht*)

Alle Personen oder Gruppen, die eine Aufgabe übernehmen sollten schon am 15.11. um 20.00 Uhr zum **Vorbereitungstreffen** ins Conne Island (Koburger Str. 3) kommen!!! Dort werden die genauern Aufgaben erklärt, technische Details abgestimmt, Ortskenntnisse vermittelt usw.

Blöcke

(die genauer Reihenfolge wird am Tag der Demo bzw. beim letzten Vorbereitungstreffen am 15.11. bestimmt)
- *Leipzig*
- *Bund der Antifaschisten (sowie Rotkäpchen?)*
- *Städte/Regionen-Blöcke* sowie der *Frauen-Lesbenblock*
- *Rhein-Main* läuft vor dem Lausprecherwagen, *Thüringen* dahinter
- am Ende: *PDS*

am fast-Endpunkt "ehemals besetztes Fascho-Haus" (siehe Demoroute) muß die **Demo** sich **um 180 Grad drehen;** da die Demo dort keine Kurve machen kann, müssen sich alle innerhalb der Demo drehen, d.h. die Blockaufstellung ist dann genau andersherum, außer: der *Leipziger Block mit dem Fronttranspi* geht nach vorne vor die PDS

Delegiertenprinzip

Gruppen, die während der Demo Aufgaben übernehmen sollten (und Delegierte der Gruppen können) schon am Freitag anreisen: es gibt am **Freitag, den 15.11., um 20.00 Uhr im Conne Island, Koburger Str. 3, ein letztes Vorbereitungstreffen** (mit Arbeitsgruppen für die einzelnen Aufgabenbereiche) - (bitte wegen Übernachtungsplätzen anmelden)
- für alle anderen Delegierten findet ein **Treffen für letzte Absprachen gegen 13.30...14.00 Uhr in Wurzen (beim Bahnhof) am Lautsprecherwagen** statt
- während der Demo soll das **Delegiertenprinzip bei wichtigen Entscheidungen** und größeren Zwischenfällen angewendet werden (Treff: *Lautsprecherwagen*), ansonsten entscheidet der engere Demovorbereitungskreis im/beim Lautsprecherwagen (*AnmelderInnen, Anwalt, BGR*)

Demoroute

Bahnhof - Stephanstraße - Dehnitzer Weg - ZWISCHENKUNDGEBUNG (Überfall auf Obdachlosen) - Wenceslaigasse - Markt - ZWISCHENKUNDGEBUNG (Treffpunkt der Faschos) - Albert-Kuntz-Straße - Gerhard-Hauptmann-Platz - ZWISCHENKUNDGEBUNG (Überfall auf ein von Linken bewohntes Haus) - Nischwitzer Straße - Straße des Friedens - Albert-Kuntz-Straße - ZWISCHENKUNDGEBUNG (ehemaliges Flüchtlingsheim) - Theodor-Körner-Str. - Lessingstr. - Friedrich-Ebert-Str. - Querstr. - Georg-Schuhmann-Str. - Lessingstr. - Friedrich-Ebert-Str.

Staatliches Verhalten

Exemplarisch für die staatliche Sichtweise ist die Darstellung der Muldentaler Fascho-Szene im 95er Sächsischen Verfassungsschutzbericht. Aus der für den VS typischen Lesart ergibt sich zwar die Konstatierung einer „örtlichen rechtsextremen Szene", doch Straftaten derselben werden als Fakten verschwiegen. Eine Gegenrecherche ergab, daß über ein Dutzend Straftaten der Faschos keinen Eingang in den VS-Bericht fanden.
Diese Tatsache an sich ist für den Umgang mit Rechtsextremismus in der Bundesrepublik alltäglich:
Faschos sind in erster Linie „mit anderen rivalisierende Jugendbanden" oder „verwirrte" jugendliche Einzeltäter, „alleingelassen" und am „Rand der Gesellschaft". Rassistische oder faschistische Motive werden zu „krimineller Energie" umgelogen.
Die von vielen vertretene „Sozialthese" hält in aller Regel einer empirischen Untersuchung der Sozialstruktur nicht stand.[1] Trotzdem wird sie immer wieder als Argument dafür ins Feld geführt, daß alles nur kausal mit der sozialen Situation zusammenhänge. Sollte diese Hilfskrücke zur individuellen Entlastung jedoch im Einzelfall wegbrechen, erfolgt traditionell durch stereotype Argumentationsmuster eine Entlastung der TäterInnen: die „Ausländerproblematik" sei schuld, die Ablehnung „asozialer" Lebensweisen sei ja erst einmal nicht schlecht oder „Ordnungsliebe" sei eine positive Tugend.
Gestärkt durch ein Ordnungsmodell, das von staatlichen Institutionen gar nicht mal soweit entfernt ist, wie viele Faschos vermeintlich glauben, ergibt sich aus dieser Logik ein Umgang staatlicher Stellen mit Nazi-Aktivitäten, die sich dann nur noch auf die Frage 'Gewalt oder Nicht-Gewalt ?´ reduziert.
Genau diese verkürzte Sichtweise führte dann auch im Muldentalkreis zu der Situation, daß es außer Faschos und den natürlich in der Mehrheit befindlichen sogenannten „normalen" Jugendlichen nichts gibt, weil es durch die jugendkulturelle Hegemonie der Faschos nichts anderes geben kann (außer halt „normal" zu sein und zu schweigen).
Spätestens mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes in Deutschland und der Instrumentalisierung der Fascho-Pogrome können sich jugendliche Nazis immer auf der Siegerseite wissen. Sie können sich selbst als „Vorreiter" begreifen, denen der Staat irgendwann nachgibt. Von dieser mythisierenden Sichtweise können die Faschos noch lange profitieren, denn kein verantwortlicher Staatsdiener kann verdrängen, daß das „Asylproblem" gemeinsam mit den Straßen-Faschos bereinigt wurde.
Genauso war es in Wurzen. Die Nazis griffen das Flüchtlingsheim an und seitdem ist Wurzen flüchtlingsfreie Stadt. Wer da meint, die kommunalen Entscheidungsträger wären darüber unglücklich, irrt gewaltig.[2]
Zwar dürfen (!) sich Nicht-Deutsche als Gewerbetreibende auch in Wurzen verdingen, doch die rassistische Standort-Kosten-Nutzen-Rechnung ist dabei alleiniges Motiv.
Vor diesem strukturellen Hintergrund lassen sich auch bekanntgewordene Einzelfälle als Spitze des Eisberges begreifen:
Gelinderte Strafmaße durch die Staatsanwaltschaft Grimma, die grundsätzlich alle Nazi-Straftaten zu „jugendtypischen Delikten" macht, sprechen ebenso dafür, wie die richterlichen Urteile. Strafvereitelnde Ermittlungen der Polizei bei Fascho-Übergriffen paaren sich mit der Vorwarnung an die Adresse der Faschos, als im besetzten Wurzener Faschohaus eine Razzia anstand, die den Faschos auf den Tag genau schon eine Woche vor Durchführung bekannt war.
So ergehen ordnungsrechtliche (!) Auflagen für das Haus an die Faschos, die juristisch mehr als fragwürdig sind.[3]

Folgende Forderungen werden von uns erhoben:

Kein Verschweigen, kein Verharmlosen rechter Übergriffe!
Die Kumpanei zwischen Faschos, staatlichen Institutionen und Polizei entlarven!

(1) So sagt Marcus Müller gegenüber der LVZ-Muldentalzeitung vom 14. November 1992: „Der größte Teil von uns geht arbeiten und hat keine Lust vor der Arbeit irgendjemand aufzulauern."

(2) Klaus-Thomas Kirstenpfad, Dezernent für Ordnung und Sicherheit beim Landratsamt des Muldentalkreises dazu: „Man befürchtet eine Sicherheitsgefährdung für die Bevölkerung." (in LVZ-Muldentalzeitung vom 19. Juli 1996)

(3) Weitere Äußerungen von verantwortlichen Politikern und Amtsträgern sind hier anzuführen: Jugendamtsmitarbeiter Stör: „Die Linken sollte man einsperren." (LVZ-Muldentalzeitung vom 25. Januar 1995) Wurzens Bürgermeister Anton Pausch: „In unserem Staat stellen einzig und allein die Gerichte fest, wer schuldig ist und wer nicht. Sie können aus dieser Rechtslage heraus von der Verwaltung keine Beurteilung abverlangen." (Antwort auf eine Anfrage der Wurzener PDS-Fraktion vom 24. Mai 1996, was dem Bürgermeister über die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem besetzten Faschohaus bekannt sei.) Bürgermeister Pausch: „Die NPD ist doch eine demokratische Partei." (in Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 1996) Persönlicher Referent des Bürgermeisters, Dr. Jürgen Schmidt: „Schlimm und bedauerlich, daß solche Vorfälle wie gewalttätige Auseinandersetzungen jeglicher Art immer wieder vorkommen, aber wenn bereits Eltern und Schulen in der Erziehung Probleme haben, wie sollen dann Stadtverwaltung und Stadträte diese zumeist fremd gesteuerten Auswüchse korrigieren? Natürlich ist es leicht, dafür immer die Stadtverwaltung verantwortlich zu machen. Erpressen lassen wir uns aber nicht." (Erklärung des Dr. Schmidt vom April 1996 zu einem ZDF-Bericht über die rechte Szene in Wurzen). Polizeisprecher Hille: „Die Bunten pöbeln uns immer an; das gehört scheinbar zu deren Kultur. Die anderen machen das nicht. (in Die Woche, 16. Mai 1996. Anmerkung: mit „die Bunten" werden in Muldentalkreis Punks und Alternative bezeichnet)

(2) Im selben Interview gibt Markus Müller folgendes zum besten: „Das Ziel mit dem Jugendhaus ist erreicht. Jeder kann seine Fete dort machen. Feiern wir eine Party, läßt sich niemand dort blicken und umgedreht ... Was sollte das für Sinn haben, wenn wir da runtergehen und Randale veranstalten."
Weiter unten ergänzt er auf die Frage, ob die „rechte Szene" gewaltbereit sei:
„Also, als letztes Mittel lehnen wir sie nicht ab. Aber wo Gewalt anfängt, hört der Geist auf."

(3) In einem Interview mit dem Jugendarbeiter des Jugendhauses „Goldenes Tälchen" meint dieser zur „rechten Szene": „... so politisch, wie sie immer hingestellt werden, sind die hier gar nicht. Da gibt es drei Führer und der Rest sind Mitläufer."
Der CDU-Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Muldentalkreises, Wolgang Klohoker, in einem Interview mit der LVZ-Muldentalzeitung vom 11. April 1996: „Die Jugend ist nicht ohne Ziele oder Ideale. Im Gegenteil. Bei den Rechten sind die nur falsch ausgerichtet. Da muß man den Hebel ansetzen." Woraufhin er weiter unten anführt, was er unter „kreativer Jugendarbeit" versteht:
„Zum Beispiel mal am Wochenende raus ans Lagerfeuer."
Daß seit mindestens 1993 die Faschos genau dies regelmäßig zur „Sonnenwendfeier" tun, wie selbst das Sächsische Innenministerium auf Anfrage (der PDS-Landtags-Fraktion vom 4. September 1995) weiß, ist da einmal mehr dafür bezeichnend, welch leichtes Spiel die Faschos im Muldentalkreis haben.

(3) LVZ-Muldentalzeitung vom 18. Juli 1996: „Wurzener empört über neue Schmierereien" - gemeint sind Antifa-Graffitis wie „Nazis raus aus Wurzen". Voller Wortlaut eines befragten Wurzener Bürgers: „An der Deutschen Bank muß ich an der Ampelkreuzung oft warten, habe mich immer wieder an den sanierten Häusern gefreut. Das waren für

Ein „gemeinsames" Jugendhaus, genannt „Goldenes Tälchen", das wegen Überforderung des dort angestellten Jugendarbeiters folgerichtig einging, zeigte schon 1992 woher der Wind weht.[2]
Die simple Behauptung, „gegen Gewalt" zu sein, wird zum Freibrief und zur Einladung zugleich. Sie wird den Faschos als Sekundärtugend angedichtet und fern jeglicher neofaschistischer Ideologie als Beweis dafür herangezogen, daß sie für die Demokratie ja nicht verloren seien.[3]
Ein adäquates Bild zeigt sich an den Schulen des Muldentalkreises. Die LehrerInnen dort setzen auf „Dialog" mit jenen, von denen sie auch schon mal als „Antideutschlandpfleger" öffentlich anprangert werden.[4]
Ein ständiges statistisches Aufrechnen, daß die Mehrheit ja „niemanden etwas zuleide tue" stärkt den Faschos gar den Rücken. Sie können sich so vor ihren MitschülerInnen als rebellierende Outlaws aufspielen, die dadurch Respekt und Anklang finden. Zum Alltag gehört das Herumreichen faschistischer Propaganda. Mit „Hakenkreuzen auf T-Shirts" kommen SchülerInnen zum Unterricht.[5] „Ständiges Leitmotiv ihrer Gedankenwelt ist die Auffassung, das `System´ sei an allem Schuld."[6] Oder: „Unsere Jugend hat keine Möglichkeiten".[7]
Die erschlagende Vormacht der Nazis führt das traditionelle jugendkulturelle Verständnis ad absurdum. Nichts scheint dort so, wie der bundesrepublikanische Alltag es immer suggeriert. Linke Opposition ist völlig undenkbar, praktischer Antirassismus exitiert dort nicht. Und auch Alt-Achtundsechziger können dort nicht schuld sein, wie in konservativen Kreisen gern behauptet wird - die gibt es dort nämlich ebensowenig.
Aus Erfahrung wissen wir, daß dort, wo den Nazi-Aktivitäten offensiv entgegengetreten und wo es nicht geduldet wird, daß sie sich in den Alltag integrieren können, das Konzept der Ausgrenzung nach wie vor Wirkung zeigt und deshalb als einziger erfolgversprechender Weg richtig ist.
Dieser Prozeß wird nur in Gang kommen, wenn genügend Druck ausgeübt wird, der es längerfristig möglich macht, daß dieselben Verantwortlichen, die heute noch meinen, ihre Nazi-Schäfchen im „Dialog" überzeugen zu können, diesen abbrechen müssen und damit den Nazis ihr Handlungsspielraum entzogen wird.

Ein erster Schritt dazu ist die Umsetzung unserer Forderungen:

Keine Jugendzentren für Rechte und Faschisten!
Keine Duldung rassistischer und faschistischer Inhalte und Aktivitäten in den Schulen!

Bevölkerung

Wenn selbst Sachsens Inneminister Hardraht das Problem hat, „daß die Rechtsextremisten Wurzen als ihr Revier ansehen", muß es dafür Gründe geben, die ihnen die Heimattreue nicht verderben.[1] In ihrem „Revier", in dem „sie das Straßenbild wie in einer besetzten Stadt bestimmen" und „auffallend viele Jugendliche nach dem äußeren Erscheinungsbild dem rechten Lager zuzuordnen sind", kann es nicht ohne entscheidenden Rückhalt in der Bevölkerung zu derlei Ausmaßen gekommen sein.[2]
Wer sich ernsthaft mit der Wurzener Faschoszene beschäftigt, wird schnell bemerken, woher der Wind weht, der den Faschos eben dort nicht ins Gesicht schlägt. Von großen Teilen der Bevölkerung werden Verschwörungsszenarien vertreten, durch die sie sich selbst zu immer neuen Schutzreflexen für „ihre Kinder" nötigen.
Die Behauptung, daß die rassistischen und faschistischen Denkmuster ausschließlich „von außen" in den Muldentalkreis hineingetragen werden, dient der Bevölkerung dabei zu ihrer eigenen Entlastung. Die Alltäglichkeit ist dort eine reale Banalisierung der Geschehnisse.

mich Zeichen, daß es in Wurzen vorwärtsgeht. Wissen diese Leute eigentlich, wieviel Zeit, Können, Mühe und nicht zuletzt Geld es Handwerkern und Bauherren gekostet hat, die Gebäude so ansprechend herzurichten? Das sind keine Sprüher, die sowas machen. Sprüher haben nämlich Ehrgeiz und ästhetisches Empfinden. Ich habe den Eindruck, daß sich hier Unbekannte ganz zielgerichtet ausschließlich auf moderne Fassaden gestürzt haben. Das ist einfach nicht nachzuvollziehen. Wer das Stadtbild mit solchen dummen Losungen verschandelt, ist kriminell. Gegen den muß etwas unternommen werden (...) Wenn das Fremde lesen, könnten sie glauben, Wurzen wäre tatsächlich von Nazis verseucht".

(4) Das dies möglich ist, beweist der 1996 erschienene „Plötz-Immobilienführer Leipzig/Halle". Dort wird vor einem Umzug nach Wurzen gewarnt - „durch eine rechtsextreme Szene in die Schlagzeilen geraten."

Sich als „Deutsche zweiter Klasse" zu fühlen, „Verlierer der Einheit" zu sein oder Arbeitsplätze ersteinmal für Deutsche zu fordern, sind Argumentationsmuster, die jedes Faschokid genauso herunterbeten kann wie die Oma von nebenan oder die Verkäuferin im Supermarkt. Genau das jedoch macht in den Neuen Bundesländern die Mitte der Gesellschaft aus. Diesem Fakt sollten sich alle bewußt sein, denen an einer tiefgründigen Antwort auf die Ursachen des Muldentaler Faschoproblems gelegen ist. Rassistische Ressentiments sind ein gesellschaftlicher Allgemeinplatz, der gerade in einem Appell an Zivilcourage seinen Ausdruck findet. Diese nämlich müßte gar nicht eingeklagt werden, wenn sie zu den Grundfesten der Mehrheit der Bevölkerung gehörte.

Eine Entlastung der Muldentaler Bevölkerung fällt deshalb sehr schwer[3]. Uns als AufruferInnen ist jedoch klar, daß, nur wenn die Mehrheit nicht mehr die schützende Hand über „ihre Kinder" hält, dem Problem erfolgversprechend begegnet werden kann. Solange eine Isolation des entscheidenden Kerns der Faschos durch bestehenden Rückhalt nicht möglich ist, solange sind antifaschistische Kräfte, die bei der dortigen Situation nur von außen agieren können, gezwungen, den gesamten Landkreis in der Öffenlichkeit so zu diskreditieren, daß das Fascho-Problem zu einem ökonomischen und wirklichen sozialen Problem wird: Dann nämlich kann allen Verantwortlichen und der Bevölkerung nur so klar gemacht werden, wie sich die faschistische Szene negativ auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Investoren auswirken kann. Das Ziel könnte dann nur sein, über intensive Öffentlichkeitsarbeit so viele Investitionshemmnisse wie möglich zu schaffen.[4]

Wir sind jedoch keine AnhängerInnen diffuser Verelendungstheorien. Deshalb richten sich unsere Forderungen als Appell an die dortige Bevölkerung:

Keine Akzeptanz der Rechten im Muldentalkreis - wer schweigt, stimmt zu!

Antifa

Anders als in vielen Teilen der BRD hat sich im Muldentalkreis der Faschomob kaum aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Im Gegensatz zur bundesweiten Strategie der Neuorganisierung nach den Verboten einzelner Naziorganisationen, die der Staat erzwang, um das internationale Ansehen nach der von ihm geschürten Pogromwelle zu wahren, hatten es die Nazis dort aufgrund ihrer Stärke gar nötig, sich zurückzuziehen. Außer zeitlich begrenzter taktischer Manöver, die ihnen die Hoheit über die Jugendszene in noch stärkerem Maße sichern sollte, konnten sie ohne Einschränkung schalten und walten, wie sie es für richtig hielten.[1]

Das macht es für antifaschistische Gegenwehr um so schwieriger. Die wenigen im Muldentalkreis, die sich ihre antifaschistische Grundhaltung nicht nehmen lassen, kämpfen um ihre bloße existentielle (!) Sicherheit.

Von einer wenigstens kleinen antifaschistischen Infrastruktur auszugehen, ist reines Wunschdenken. Somit gibt es im Muldentalkreis keine Basis, von der aus operiert werden könnte. Ein ausschließlich militantes Antifa-Konzept, welches den Faschos ihre Sicherheit nimmt, ist somit zum Scheitern verurteilt, auch wenn nicht ausgeschlossen werden darf, daß herausragende Faschotreffs angegriffen werden müssen.

(1) So gab es beispielsweise einen „Runden Tisch der Jugend", der sich als reine Faschoplattform entpuppte. Zur ersten von Bürgermeister Pausch einberufenen Runde kamen dann gleich mal einhundert (!) Faschos zusammen mit ihren Eltern (!). Dort zwangen die Nazis das Häuflein alternativer Jugendlicher zum endgültigen Stillhalten (O-Ton: „Sonst gibt's am Wochenende Tote."). Die Faschos wußten schon vorher, daß Bürgermeister Pausch dort ein neues Jugendzentrum anpreisen würde, worauf die Faschos sich kehrtwendend als die einzig möglichen Nutzer präsentierten. Sie erhoben dann die

Die antifaschistische Gegenwehr kann aber viele Facetten haben. Diese praktisch umzusetzen tut not. Es geht dabei um eine parlamentarische wie außerparlamentarische Umsetzung, die beide letzlich dasselbe Ziel haben müssen: Den Faschos offensiv entgegenzutreten, sie Stück für Stück zurückzudrängen, bis sie gezwungen sind, hinter verschlossenen Türen, im engsten Kreis Ewiggestriger, nicht ihr Vaterland, sondern sich selbst permanent zu verteidigen. Wichtig ist dabei, daß Zeit, Ort und Form den Faschos diktiert werden - nicht umgekehrt. Den staatlichen Aktivitäten muß dabei kritisch bis ablehnend gegenüber gestanden werden, um der strukturellen Kungelei nicht zuzuarbeiten.

Organisiert den antifaschistischen Widerstand - bildet Antifa-Gruppen!
Schaut nicht weg - greift ein!
Keine Kriminalisierung antifaschistischer Gegenwehr!

Forderung, ja auch die alternativen Jugendlichen mit an den „Runden Tisch" zu bitten. Bürgermeister Pausch kommentierte das wohlwollend mit den Worten: „Wenn Jugendarbeit, dann bitte unter einem Dach - man muß miteinander leben." (aus LVZ-Muldentalzeitung vom 26. Oktober 1994)

In Gerichshain, ca. zehn Kilometer von Wurzen entfernt, kam es am 26.April 1996 zu einem Gespräch der Faschos mit den dortigen Gemeindeverantwortlichen. Der Grund war das mit zweihundert Nazis im selben Ort durchgeführte Treffen anläßlich des Geburtstages von Adolf Hitler am 20. April. Es war die größte Hitlerfeier in der Bundesrepublik 1996. Das in der Presse als „schiefgelaufenes Wochenende" (LVZ-Muldentalzeitung vom 27. April 1996) deklarierte Nazitreffen hatte bei besagtem „Gespräch" mit den Gerichshainer Verantwortlichen nicht etwa Geschichtsunterricht zum Inhalt - über dessen Sinn sich dann sogar streiten ließe -, sondern zeigte einmal mehr die Taktiererei durch die Faschos und wie sehr ihnen auf den Leim gekrochen wird. So äußerte sich der Gerichshainer Bürgermeister über einen Stillhaltepakt, der einige Zeit vor dem 20. April geschlossen wurde. Dieser zeigt beispielhaft, welchen Druck die Faschos im dortigen Landkreis ausüben können.

Bürgermeister: „Ich unterstelle euch einfach mal, ihr habt nicht gewußt, wieviele kommen (meint die Feier zum „Führer"- Geburtstag), doch das sind Größenordnungen, die wir nicht dulden können."

Faschos: „Nachdem wir nun wissen, daß das so nicht geht, kommt das auch nicht wieder vor."

Bürgermeister: „Recht habt ihr. Ihr wißt, ihr habt einen Vertrauensvorschuß bei mir. Die Aussiedler (gemeint sind die in Gerichshain untergebrachten) habt ihr auch in Ruhe gelassen."

Fascho: „Wieso denn nicht, wir haben mit ihnen sogar Bier getrunken."

(zitiert aus LVZ-Muldentalzeitung vom 27.April 1996)

8

Charakter der Demonstration

Die Demonstration am 16. November soll die unterschiedlichen Antifa-Ansätze bündeln und deshalb einen weitreichenden Bündnischarakter tragen. Bündnis meint dabei sowohl ein Zusammengehen der verschiedenen autonomen Antifa-Gruppen als auch das Angebot an antifaschistische Kreise von Parteien und Organisationen (PDS, Die Grünen, evtl. SPD und Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, Kirchen), die Demonstration zu unterstützen. Dabei steht für uns fest, daß ein Bündnis inhaltliche Unterschiede nicht nievellieren muß, sondern durchaus repräsentieren kann. Wenn in Wurzen bzw. im gesamten Muldentalkreis perspektivisch antifaschistische Politik, z.B. in Form eines alternativen Jugendprojektes eine Chance haben soll, bedarf es der verschiedensten Initiativen. Praktisch kann dies während der Demo durch unterschiedliche TeilnehmerInnenblöcke, Transparente, verschiedene Flugblätter etc. sichtbar werden. Im Zusammenhang mit der Vermittlung des Anliegens der Demonstration wäre auch ein differenzierter Umgang mit MedienvertreterInnen angebracht. Nicht jeder „Kameramann" muß ein „Arschloch" sein. Eine erfolgreiche Antifa-Strategie in der Muldentaler Region ist von einer Berichterstattung etablierter Medien (leider) abhängig.

Weder Polizeispalier noch das Abfilmen durch die Polizei werden hingenommen, da sie die Demonstration von vorneherein medienwirksam diskreditieren und einer tendenziösen Berichterstattung Vorschub leisten sollen. Provokationen von Fascho-Gruppen am Rande der Demonstration werden, wenn sie die Polizei nicht unmittelbar unterbindet, durch Antifa-Gruppen beendet. In einem solchen Falle wird es jedoch nicht zu einer Auflösung der Demonstration kommen, denn dies wäre ein willkommener Anlaß für die Polizei, die Situation zu eskalieren. Im Nachhinein würde dies der eingeschworenen Gemeinschaft von LeugnerInnen und IgnorantInnen des faschistischen Zentrums Wurzen als Bestätigung ihrer irrwitzigen These dienen, daß die „Gewalt" in Wurzen von außerhalb in die Stadt hineingetragen würde.

Während der Demonstration gilt ein absolutes Alkoholverbot, welches von allen UnterstützerInnen der Demo durchgesetzt werden muß. Gerade Erfahrungen in Wurzen haben gezeigt, daß alkoholisierte Leute zu einem Risikofaktor werden.

Klar muß sein, daß die sächsische Polizei umfassende Vorkontrollen durchführen wird. Sachsen hat eines der schärfsten Polizeigesetze der BRD überhaupt. Hier ist zum Beispiel ein 14-tägiger Vorbeugegewahrsam möglich. Kurz vor oder während der Demo auftretende Probleme werden durch einen Kreis entschieden, der sich aus den AnmelderInnen und aus den Delegierten der angereisten Gruppen zusammensetzt.

Die Alternative ist das Nichts, oder?

Deine Meinung zur Interim ist gefragt!



Foto: Zwei MitarbeiterInnen der Interim beim Abhören der wöchentlichen Nachrichtenlage

Daß die Interim nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sagt nicht nur ihr Name („politische Zwischenlösung"), sondern ist sozusagen schon immer „ihr Programm". Seit über einem Jahr wird - mal mehr, mal weniger - in autonomen und linksradikalen Kreisen über Sinn und Unsinn, sowie Alternativen zu bzw. Weiterentwicklungen der bestehenden Medien diskutiert. Ausgelöst wurden diese Diskussionen bei uns durch die bei einigen immer mehr zunehmende Unzufriedenheit mit dem eigenen „Produkt" und der Ahnung, daß das Konzept der Interim nicht mehr die richtige Antwort auf die Anforderungen der Zeit ist. Wenn uns Sätze wie „... die Interim finde ich übrigens nur noch langweilig" zu Ohren kommen oder wir solche lesen müssen, könnten sich die meisten von uns genauso in diesen Chor einreihen. Auch wir stöhnen über die x-te Erklärung, den x-ten Aufruf, der mit immer gleichen Inhalten und zum Teil Floskeln Sachen erklärt, die wir schon hundert mal gelesen haben. Aber irgendwie machen uns diese Sätze auch wütend, weil es genauso euer Problem ist, daß die Interim so ist, wie sie ist. Die Zeitung ist eben nicht besser als die Szene, aus der die Zuschriften für ihr Zustandekommen stammen. Wir sind und waren immer bereit, die Interim angesichts einer realen Alternative aufzugeben - aber diese ist bisher nicht in Sicht. Sie aber einfach gegen ein Nichts einzutauschen, das dann angeblich der Raum für Neues sein soll, sind wir nicht bereit. Wir befürchten, daß viel dieses Abgegessenseins gegenüber der Interim Ausdruck des eigenen Abgegessenseins von autonomer Politk ist, aber nicht Teil des Versuches und der Bemühungen, besser zu werden.

Praktisch wirkt sich diese Stimmung auch dahingehend aus, daß sich die verkaufte Auflage in Berlin in den letzten drei Jahren halbiert hat. Dagegen ist sie außerhalb von Berlin & Brandenburg stabil geblieben; dort läßt sich nur in einigen Städten schön der Generationswechsel beobachten, wie ältere Verkaufsstellen immer weniger verkaufen, neu eröffnete Infoläden immer mehr. Unterm Strich bleibt die Anzahl der verkauften Zeitungen in den großen Städten gleich. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem mehr als die Hälfte der Auflage außerhalb von Berlin & Brandenburg verkauft wird. Ist die Interim dann noch ein „wöchentliches Berlin-Info"? Und wären an ein sich offen als „bundesweites Infoblatt" bezeichnendes Medium nicht ganz andere Kriterien und Ansprüche zu formulieren?

Einige von uns nehmen diese oben beschriebenen Entwicklungen eher gelassen zur Kenntnis, denn in Relation zu den Einbrüchen, die andere linke/linksradikale/autonome Publikationen haben, geht es uns „gut". Andere wiederum sind der Meinung, daß damit endlich der Druck entsteht, das Konzept der Interim in Frage zu stellen.

Unsere Diskussionen bewegen sich zwischen den Polen:

- *„Hat sich das Konzept einer (weitgehend) unzensierten Sammlung zugeschickter Artikel und Texte überlebt? Wäre es nicht an der Zeit, durch gezielte redaktionelle Arbeit bestimmte Inhalte stärker in die Diskussion zu bringen, „Bewegungen" dadurch zu initiieren? Wollen wir das? Ein redaktionelles Konzept à la „Arranca"? Gibt es da nicht genug andere Zeitungen? Und handelt mensch sich da nicht ganz andere Probleme ein?"*

- *„In bewegungsarmen Zeiten ist es gerade wichtig, ein Projekt wie die Interim aufrecht zu erhalten. Zu viele regionale Projekte sind in den letzten Jahren eingegangen. Wenn noch weniger übergreifende Strukturen und Diskussionsforen da sind, schwächt das weiter die Szene. Auch wenn wir noch so viel Kritik an uns selbst haben, aufhören wäre ganz falsch, wir müssen das Projekt für bessere Zeiten aufrecht erhalten."*

- *„Wenn die Interim ihren Gebrauchswert verloren hat (nur noch aus Gewohnheit gekauft und archiviert wird), welchen Sinn hat dann der Aufwand, den wir mit ihrer Herstellung betreiben? Halten wir nur daran fest, um uns ein Gefühl von Wichtigkeit und Bewegung zu geben, das real gar nicht mehr da ist? Wie stehen wir selbst zu den gedruckten Inhalten? Fühlen wir uns noch als Teil davon?*

- *„Verhindern wir durch unsere Existenz, daß sich Raum und Initiative für ein neues Zeitungsprojekt entwickeln kann - mit einem anderen Konzept und „frischen" Menschen, deren Ansatz uns dann aber vielleicht nicht ganz so gut schmeckt?"*

Viele Menschen haben sich im letzten Jahr bemüht, die Interim interessanter zu machen. Unterm Strich läßt sich als Erfahrung sagen, daß dies zwar bei einzelnen Texten, besonders längeren, sehr wohl gelingt, aber die Zeitung als „Gesamtkunstwerk" dadurch nicht viel besser wird. Denn die dahinterliegenden strukturellen Probleme mit ihren Folgen sind durch große subjektive Kraftanstrengungen nicht zu beseitigen. Auch noch so viele von außen zugesandte gute Artikel lösen dieses innere Problem nicht. Die Interim mit ihrer derzeitigen Produktionsstruktur wird immer wieder chaotisch zusammengeklebt sein, kein Vorwort haben und Artikeln und Beiträgen beinhalten, die wir in dieser Form am liebsten auf den Müll geworfen hätten, etc..
Ein weiterer Auslöser unserer Diskussionen sind die Ereignisse rund um die Radikal. Dort wurde einfach immer weiter gemacht, bis schließlich dieser nichtdiskutierte schleichende Erosionsprozess ihnen in dem Moment auf die Füße fiel, als der Staatsanwalt an die Tür klopfte. Die Diskussion um Sinn und Zweck ihrer Zeitung wurde sozusagen von außen aufgenötigt. Dann ist es erstmal zu spät - auch wenn die Radikal es geschafft hat, sich wieder aufzurappeln.
In diesem Jahr sind einige Texte zum Thema erschienen. In der letzten Ausgabe der Radikal (Nr. 154, Seite 5 - 18) finden sich diverse Beiträge; die nächste, noch nicht erschienene Nummer soll laut dem Vorwort der Nr. 154 einen Schwerpunkt zum Thema haben. In der Interim ist in der Nr. 395 vom 31.10.96 ein längerer Text von Sven Glückspilz „Das mediale Prinzip Hoffnung" erschienen. In der Ausgabe Nr. 364 vom 2.2.96 findet ihr einen Beitrag von „Robbi, Tania und das Fliewatüüt", der sich zwar hauptsächlich um die Radikal dreht, aber auch die Interim bekommt da einiges an Kritik ab. Besonders der Artikel „Subversives Blätterrauschen - Stand und Zustand autonomer Printmedien" in dem Buch „20 Jahre radikal" schärft den Blick auf die historischen Bedingtheiten und Relativitäten von bestimmten Konzepten. Auch wäre ein Gang in den nächsten Infoladen und dort ein Blick in diverse autonome Medien hilfreich zur Diskussion: besonders wollen wir euch einen Blick in das „tatblatt" aus Wien; den „Subbotnik in LA" aus Halle/Saale und den „Kassiber" aus Bremen empfehlen.

Wir haben uns nun entschieden, erstmal euch zu befragen, bevor wir weiter diskutieren und dann eigene neue, oder gar von außen an uns herangetragene Konzepte präsentieren können. Da es aufgrund unserer Arbeitsstruktur schwierig ist, verläßliche Informationen über eure Meinung zur Interim - besonders von denen, die wir nicht persönlich kennen - zu bekommen, haben wir die Form eines schriftlichen Fragebogens gewählt.
Der folgende Fragebogen soll ein Versuch sein, ansatzweise ein Meinungsbild von euch LeserInnen zu Sinn oder Unsinn, und zum Fortbestand der Interim zu erhalten. Wir möchten euch daher bitten, den Fragebogen trotz aller eingestreuten „Witzchen" ernsthaft zu behandeln und möglichst bald ausgefüllt zurückzuschicken. In den größten Verkaufsstellen wird eventuell sogar ein Kasten zum direkten Einwerfen der Antworten aufgestellt. Als Einsendeschluß haben wir an die Weihnachtsfeiertage gedacht. Ein eigenes, ausführliches Kritikpapier zur Interim ist uns auch sehr willkommen. Nach Auswertung der Fragebögen werden diese vernichtet.
Auch würden wir uns freuen, wenn ihr den Fragebogen kopiert und an weitere LeserInnen - auch ehemalige - weitergebt.

Das Fragebogenkomitee der Interim

Inter * galak * tisches

NACHRICHTEN AUS DEM INTERGALAKTISCHEN

Nachbereitung der Chiapas-Veranstaltungen am 15,22,23,+27.Okt.
Die Veranstaltungen waren für die "heutigen" Verhältnisse gut besucht. Insgesamt hatten ca 450 Leute an allen Veranstaltungen teilgenommen. Durchschnitlich waren ca. 100 Personen auf jeder Veranstaltung, im Ex ca.150, was wohl auf ein echtes Interesse am Thema schließen läßt.
Unser Versuch die Berichte vom Treffen in Chiapas möglichst lebendig u. nachvollziehbar rüberzubringen, ist uns wohl im Großen und Ganzen gelungen, denn wir wollten etwas von dem was uns selbst dort angetörnt u. mobilisiert hat euch rüberbringen. Wobei die kritische Sichtweise auch nicht zu kurz kam.
Kritik an den Veranstaltungen war u.a., das es zu euphorisch u. zu unpolitisch war, zuviel Reisebericht, zu wenig inhaltliches.
Diese Kritik trifft bedingt zu, weil es uns nur teilweise gelungen ist in den 2 1/2 Stunden als TeilnehmerInnen aus Berlin am Interkontinentalen Treffen möglichst anschaulich zu berichten und gleichzeitig die fertigen, interessanten politischen Analysen mitzuliefern.
Vieles wichtige u. interessantes konnte in unseren Beiträgen nur angedeutet, angerissen werden. Weil wir euch auch nicht mit fertigen, vom Blatt abgelesenen Texten ermüden wollten, sondern eher in der Diskussion mit euch widersprüchliches, tieferliegendes, interessantes rausarbeiten. Diese Diskussion hat teilweise (in der Volksbühne u. Humboldtuni) stattgefunden, im Ex kam es leider wieder zu berüchtigten Schweigeminuten als Ausdruck einer mangelnden Gesprächsfähigkeit, Gesprächsbereitschaft, keine Gesprächskultur, -keine Debatte, Schade, na ja vielleicht lernen wirs ja nochmal miteinander zu reden.
Nach den Veranstaltungen entstand unter uns der Vorschlag speziell eine Veranstaltung mit dem inhaltlichen Schwerpunkt zur Bedeutung des zapatistischen Politikverständnisses und und mögliche Impulse daraus für eine "neue" Politik hier.

BERLINER MEXIKO-CHIAPAS TREFFEN

Am 4.11. fand das zweite monatliche Treffen statt.
Das Treffen war gut besucht, von den über 20 Leuten, kam ca. die Hälfte neu dazu u. war durch die Veranstaltungen u. Ankündigungen mobilisiert worden.
Hauptthema war war der Vorschlag der E.Z.L.N. mittels einer Consulta (Befragung) eine weltweite Vernetzung des Widerstandes, sowie die Entwicklung eines gemeinsamen internationalen politischen Dialogs.
Ende Dezember findet dazu in Zürich ein europaweites Treffen statt. Es wurden politische u.praktische Vorschläge diskutiert u. gesammelt, die die Delegierten aus Berlin mit nach Zürich nehmen sollen.

Ab Anfang Dezember werden europaweit Solidaritätsaktionen für die E.Z.L.N. stattfinden, die dezentral u.autonom von den verschiedenen Städten u, Initiativen durchgeführt werden.

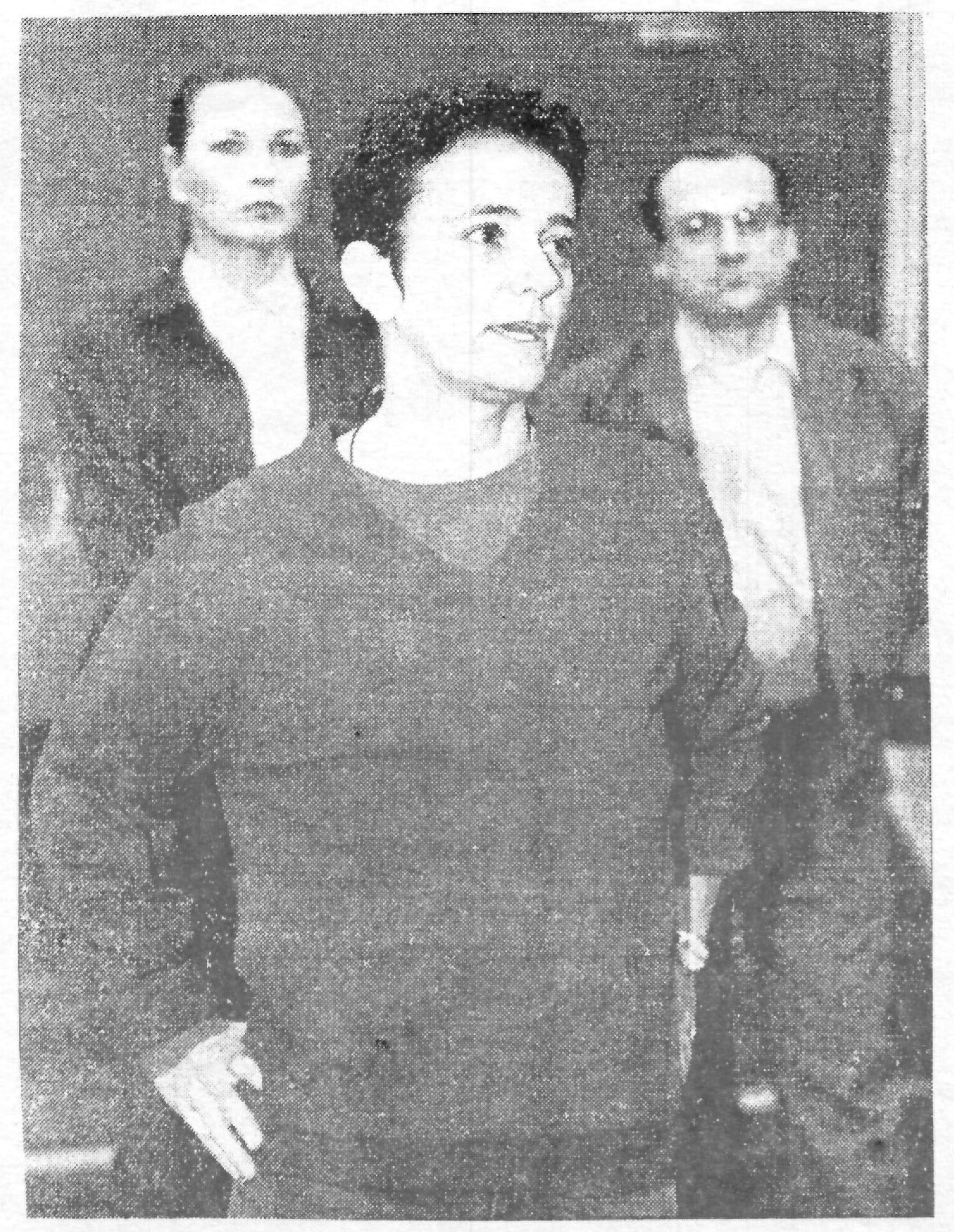
Hier in Berlin wollen wir mit einer Veranstaltung das Projekt "Globale Vernetzung aller Widerständigkeiten", und das "Zapatistische Politikverständnis und seine möglichen Impulse für eine "neue" Politik hier", vorstellen und diskutieren.

Diese Veranstaltung soll Teil einer Veranstaltungsreihe sein die es wagt den Versuch alte Politik aufzuarbeiten um einer "Neuen" Politik den Weg frei zu machen. Dieser sicherlich sehr hohe Anspruch wird sich nur Ansatzweise einlösen lassen, wenn sich ein möglichst breites Spektrum von Menschen und Gruppen an den thematischen Arbeitsgruppen aktiv u. inhaltlich beteiligen und an dem Projekt mitarbeiten.

Die dabei entwickelten Gedanken, Ideen, konkreten Projekte möchten wir dann in der Interim veröffentlichen dürfen.

Das nächste mal wollen wir einen text vorstellen der den Versuch macht das zapatistische Politikverständnis zu beschreiben.

mit intergalaktischen Grüßen
aus dem Betondjungel Berlins



Schlußerklärung von Birgit Hogefeld

(vom 29.Oktober 1996)

Ungekürzte Orginalfassung - Teil 2

Fortsetzung vom letzten Heft

Im linken Spektrum hielt sich die Resonanz auf meine Ansätze von Reflexion und Diskussion der Raf-Geschichte in Grenzen - was auch angesichts der gesamten Situation nicht anders zu erwarten war. Reaktionen aus linksradikalen Kreisen waren häufig mit dem Vorwurf verbunden, ich würde in meinen Überlegungen und meiner Kritik unberücksichtigt lassen, daß es die Verhältnisse sind, die den bewaffneten Kampf notwendig gemacht haben und daß die sich bis heute weltweit eher verschärft als verbessert hätten. Diese Argumentationslinie, daß Kriege, Ausplünderung, Hunger, eben das grenzenlose Elend unzähliger Menschen, Begründung und Legitimation für den bewaffneten Kampf auch hier sind, kenne ich gut - ich habe selber lange so gedacht und argumentiert.
Und vieles schreit ja auch nach Veränderungen - heute nicht weniger als vor 10 oder 20 Jahren. Wer es wissen will kann wissen, was sich beispielsweise hinter harmlos klingenden Formulierungen wie einer Meldung im Wirtschaftsteil verbirgt, in der es heißt, IWF und Weltbank hätten beschlossen, daß der Schuldendienst dieses oder jenen Landes um soundsoviel erhöht wird. Solche Forderungen sind häufig Todesurteile, die dann gegen die Ärmsten der Armen durch Hunger oder Krankheit vollstreckt werden. Und diejenigen, die solche Entscheidungen treffen, wissen sehr genau, daß es sich dabei um Massenmord handelt. Wie gegen solche Entwicklungen und eine solche Politik Grenzen gesetzt, Macht beschnitten und neue Orientierungen durchgesetzt werden können, weiß ich auch nicht. Ich habe darauf heute keine Antwort, sondern nur Fragen.
Die bloße Behauptung, daß solche Verbrechen bewaffneten Kampf notwendig machen und legitimieren, kann nicht die Antwort sein, denn die wesentliche Frage, nämlich die nach einem Weg, wie Veränderungen durchgesetzt werden können, fällt dabei unter den Tisch.
Aktuell gibt es - natürlich sehr viel weniger als in den 70er oder 80er Jahren - in Teilen der Linken Diskussionen, in denen die Notwendigkeit militanter und/oder bewaffneter Aktionen begründet werden. Die Begründungen für solche Aktionen in der heutigen Zeit wird auch da häufig aus der weltweiten Entwicklung abgeleitet und die Frage nach ihrer politischen Bestimmung und konkreten Funktion auf Veränderungen bezogen, bleibt weitgehend schemenhaft.

Da tauchen dann oft Formulierungen auf wie:
"Militante Projekte werden in der BRD vorerst versuchen müssen, Themen zu benennen, um eine politische Wirkung zu entfalten" oder "Es soll der Öffentlichkeit und den Herrschenden bewußt gemacht werden, daß sich fundamentaloppositioneller Widerstand ungeniert seiner Ausdrucksformen bedient."

Wenn es Erfahrungen gibt, die aus den Kämpfen bewaffneter oder militanter Gruppen hier gezogen werden können, dann gehört dazu unbedingt die, daß aus solchen Kämpfen keine Massenmobilisierung und in der Regel sogar überhaupt keine Mobilisierung entsteht.
Das was in den 70er Jahren viele Linke weltweit aus der sogenannten 'Focustheorie' an Interventions- und Mobilisierungsmöglichkeiten abgeleitet haben, hat sich fast überall als so nicht umsetzbar erwiesen. Diese Erfahrungen sind bekannt und sie sind gewiß auch denen bekannt, die heute hier über den Aufbau militanter und/oder bewaffneter Gruppen nachdenken. Was also treibt immer wieder Menschen oder kleine Gruppen zu diesen Aktionsformen, von denen sie zumindest wissen könnten, daß sie angesichts der aktuell. Gesellschaftsrealität, also der Tatsache, daß der übergroße Teil der Bevölkerung dieses Landes Lichtjahre von jedem umstürzlerische Gedanken entfernt ist und es auch sogut wie keine organisierte Linke gibt, keine konkret bestimmbare Funktion für tatsächliche Veränderungen haben?
Ich denke, über diese Frage können z.T. auch Reaktionen auf meine Texte Auskunft geben. Da heißt es beispielsweise in einem Diskussionspapier: 'für mich waren die Aktionen und die Politik der Raf mobilisierend, gerade auch wegen ihrer Unversöhnlichkeit, der persönlichen Konsequenzen', 'positive Ausstrahlung wegen ihrer Konsequenz und Veweigerungshaltung' oder 'für mich war wichtig, daß die Raf gezeigt hat, daß man den Verbrechen etwas entgegensetzen kann', oft ist auch vom 'stillen Beifall zu den Aktionen' die Rede.
Diese Zitate zeigen eine Haltung oder ein Verhältnis, das sich durch die gesamte Raf-Geschichte zieht.
In seinem Buch 'achtundsechzig' schreibt Oskar Negt zu diesem Verhältnis Linker gegenüber der Raf unter der Überschrift: 'Bleierne Zeit, bleierne Solidarität':-

> "In den folgenden Jahren (gemeint ist die Zeit nach 72) bildet sich ein Sympathisantenkreis innerhalb der Linken, der auf dieser Zwiespältigkeit beruht, einer merkwürdigen Gefühlslage bei vielen Sympathisanten, die keineswegs eine bloße Erfindung des 'Systems' oder der reaktionären Gewalt sind, die Zwiespältigkeit besteht darin, daß nur wenige bereit wären, mit vollem Lebensrisiko sich auf diese Strategie einzulassen oder auch nur einen Stein oder gar eine Waffe in die Hand zu nehmen. Es ist eben keine Identifikation, sondern Sympathie in der Weise, daß andere ausagieren, was sie selbst sich nur in ihren Träumen zutrauen."

Und einen Mann, der zwischenzeitlich einen Ministerposten begleitet hat und der heute im Bundestag sitzt, zitiert Negt mit einem Satz aus dem Jahr 1976:

> "Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir unter demselber Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken."

Und zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die 'klammheimliche Freude' über die Erschießung des damaligen BGA Buback eines Menschen aus Göttingen, jemand, der der Raf-Politik kritisch gegenüberstand, gleichwohl aber diese 'klammheimliche Freude' empfand.

Wenn ich mir solche Reaktionen bzw. die Haltung vieler Linker zur Raf anschaue - und gerade auch die von Leuten, die den Kampf der Raf politisch falsch fanden - dann scheint ein wesentliches Moment der Gemeinsamkeit in eigenen Ohnmachtserfahrungen zu beruhen.
Und genau das, also Ohnmachtserfahrungen scheinen auch durch die Texte von Menschen, die heute am Aufbau bewaffneter oder militanter Gruppen überlegen.
In einem Vortrag, den Carl-Christian v. Braunmühl, dem Bruder des von der Raf erschossenen Gerold v. Braunmühl, 1994 auf einem Symposium gehalten hat, befaßt er sich u.a. auch länger mit dieser Problematik der Ohnmacht. Carl-Christian v.Braunmühl stellt in dem Zusammenhang die Frage:
"Vielleicht ist es so, daß wenige schießen, weil zu wenige sich gewaltlos einmischen, und zu viele sich darauf beschränken, die Politik ein schmutziges Geschäft zu nennen, sich auf ihre Ellbogen konzentrieren - und weil es an Graswurzeln fehlt."

In meinem Text zur Raf-Geschichte hatte ich selber entlang meiner Biographie ausführlich über diese Erfahrung von Ohnmacht und dem Gefühl der Unveränderbarkeit geschrieben. Dazu gehören für mich einerseits die Erfahrungen meiner Generation im Deutschland der 50er und 60er Jahre.

Ich hatte in dem Zusammenhang geschrieben: 'Faschismus, seine Verbrechen und der Krieg (...) waren Tabuthemen und lagen wie eine Glocke aus Dumpfheit, Enge und Schweigen über allem'.
Und andererseits die staatlichen, aber auch die Reaktionen der Gesellschaft Ende der 60er Jahre und in den 70ern auf Versuche und Ansätze für Veränderungen, sei es in Schülergruppen, bei Vietnam-Demos oder zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die immer nur auf Ausgrenzung oder Verfolgung aus waren.

Prof. Horst-Eberhard Richter schreibt in seiner Anmerkung zu meiner Prozeßerklärung:

> "Birgit Hogefeld hat die Kampfbegriffe benannt, die der Grundsatzstreit hervorbrachte: Hier Reformusmus, Integrations- auch Karrierewille, Unterwerfung unter das System - dort Putschismus und Militarismus. Sie selbst wandte sich endgültig dem militärischen Flügel zu, aber bedauert im nachhinein das Abreißen der Diskussion und die damals schon einsetzende Selbstisolierung ihrer Fraktion.
> Was man psychoanalytisch als paranoide Position benennen würde, kennzeichnet das Grundkonzept derer, die wie sie den bewaffneten Kampf bejahten. Sie spricht von der 'Radikalität des Bruchs und der Negation', von 'ausschließlicher Orientierung unserer Politik an der Negation'. Kritisch schildert sie eine systematische Einengung des Blickfeldes, 'in dem alles zu einem Schwarz-Weiß-Schema zusammengepreßt wurde'.
> Man nahm nur noch wahr, was in das paranoide Bild paßte: Schießwütige Polizisten, Tötung von Gefangenen, Napalm usw.
> Ihre Solidarisierung mit der Raf verschaffte Birgit Hogefeld dann genau die auf ihr Denkmuster zugeschnittene persönliche Verfolgungserfahrung: Viele Hausdurchsuchungen, Autokontrollen mit schußbereiten Maschinenpistolen, laufende Observationen."

Formulierungen wie 'paranoide Position' gehören nicht zu meiner Begriffswelt - und auch wenn ich H.E. Richters einseitige Zuweisungen für verkürzt halte - geben sie mir Impule für ein Nachdenken über die Gründe für meine bzw. unsere lange Zeit eingeengte Denkweise und reduzierte Wahrnehmung der Welt.
Meiner Meinung nach gehört XXXX zum Verständnis dieser Entwicklung als zweite Ebene hinzu, die Beweggründe für die in diesem Textabschnitt - ich bezeichne das hier mal als 'neurtal' - beschriebenen staatlichen Reaktionen zu beleuchten.
Ich denke, ich kann als Tatsachenbehauptung in den Raum stellen, daß die staatliche Reaktion gegen Linke, gegen Menschen, oft noch Jugendliche, die 68 bis heute für Veränderungen eingetreten sind, in vielen Fällen unverhältnismäßig waren und sind. Tote Gefangene, kriegsmäßige Einsätze in Brokdorf oder Wackersdorf - und das zieht sich alles bis in die Gegenwart: ein Aufgebot unzähliger Hundertschaften Polizei gegen ein Punker-Treffen oder die alle Relationen negierende Verfolgung von Göttinger AntifaschistInnen.

Diese Sorte Haftbedingungen: Totalisolation (bei mir knapp mehr als ein Jahr, bei anderen oft viele Jahre) schafft nun tatsächlich eine Erfahrungswelt, eine Alltagswirklichkeit, die nun erstmals im Leben real mit dem gewohnten Schwarz-Weiß-Schema in Deckung zu bringen ist, ohne daß man sich dafür Verknotungen ins Hirn denken muß. Das Leben unter diesen Bedingungen ist ohne Facetten und Grautöne, da herrscht schwarz-weiß oder eben Freund-Feind-Schema als permanente Alltagserfahrung vor.

Ich denke, daß dieses Isolationshaft-Programm gerade gegen uns so exzessiv durchgezogen wurde, hängt nicht nur mit Rachebedürfnissen der Bundesanwaltschaft oder dem Versuch uns zu brechen und Aussagen zu erpressen zusammen. Es soll auch ein Ausbrechen aus alten Denkstrukturen verhindert werden, dessen bin ich mir mittlerweile sicher; und auch die Zensurbedingungen lassen keine anderen Rückschlüsse zu.
Hunderte Anhaltbeschlüsse mit denen mir Texte, Bücher oder Broschüren zu den unterschiedlichsten Themen verweigert werden, habe ich mittlerweile - Literatur-, Musik- oder Theaterzeitschriften Texte von Hausbesetzern, Umwelt- oder kirchlichen Gruppen - all das bekomme ich nicht, denn damit soll ich mich nicht auseinandersetzen können.
Die Zensur beschränkt sich nicht - wie manche/r vielleicht denken mag - auf Texte mit linksradikalen Inhalten, eher habe ich den Eindruck, daß das Gegenteil der Fall ist. Vor einigen Monaten wurden vom Senat Interviews eines katholischen Bischofs, in denen er sich mit der 'Terrorismus-Problematik' befaßt, aus einem Brief beschlagnahmt - der Mann ist gewiß kein Linksradikaler und mit Sicherheit auch kein Raf-Sympathisant.
Und den oben erwähnten Text von Carl-Christian von Braunmühl mußte ich mir auf inoffiziellen Wegen besorgen. Ende 1994 hatte ich von der Existenz dieses Textes gehört und wollte ihn lesen. Da Fotokopien laut einem bis heute gegen mich bestehenden Haftstatut nicht weitergeleitet werden (die die mich interessieren könnten werden also beschlagnahmt, andere nicht) bat ich Rechtsanwältin Seifert mir den Text über die Verteidigerpost zu schicken. Doch in meinem Fall wird- wie bei allen 129a-Gefangenen - auch die Verteidigerpost kontrolliert und zensiert. Der damals zuständige Kontrollrichter am Amtsgericht Frankfurt schloß den Text von der Weiterleitung aus, mit der Begründung: es sei nicht ersichtlich, warum es sich bei diesem Text um Verteidigerpost handelt, ich hätte doch überhaupt keine v.Braunmühl-Mordanklage.

Oder eine Anfrage, ob ich etwas zu einem Podiumsgespräch zum Todestag von Ulrike Meinhof schreiben wolle - eine auch in Nicht-linken-Kreisen registrierte Veranstaltung in Berlin. Das wäre natürlich mein Thema gewesen: Diskussion über die Raf-Geschichte. Der Senat hat diese Anfrage (ein Zwei-Seiten-Briefchen) erst nach 4 Monaten ausgehändigt. Da war die Veranstaltung natürlich lange vorbei.
Bei all dem, Haftbedingungen, Zensur, Ausgrenzung bestimmter Themen beim Besuch (da wird vorher angekündigt, daß das Ansprechen der Themen Raf, Prozeß und Bad Kleinen zum sofortigen Abbruch führt), ist ganz offensichtlich, es ist dazu bestimmt, ein Ausbrechen aus gewohnten, oft engen Denkstrukturen zu verhindern und so eben auch eine Reflexion der eigenen Geschichte.
Und, das möchte ich hier auch mal sagen: es ist für einen Menschen mit meiner Biographie sicherlich sowieso nicht einfach, sich seiner Geschichte zu nähern und all die Fragen, die dabei auf einem zukommen, zuzulassen. Ich jedenfalls empfinde das häufig als ziemlich schwierig und muß dabei viele innere Widerstände überwinden. Und wenn dann die äußeren Lebensumstände so organisiert werden, daß sie jede Diskussion und Auseinandersetzung soweit als möglich blockieren, um einem die Anregung und Reibung mit und durch die Gedanken anderer fast vollständig zu nehmen, und gleichzeitig auch so gestaltet werden, daß man immer wieder in die bekannten Konfrontationsmuster gezwungen wird und damit auch oft in die eigenen bekannten Verhaltensweisen - dann macht das das ganze nicht leichter.

Vor einiger Zeit habe ich dazu in einem Brief geschrieben:

> Meine gesamte Situation ist recht schwierig: die Welt aus der ich komme, der fühle ich mich nicht mehr zugehörig und so bin ich irgendwo im Niemandsland auf der Suche nach, ja was eigentlich? Und das in einer Situation, wo ich in Kürze ein Lebenslänglich-Urteil bekomme, also auf ungewisse Zeit in dieser reduzierten und entmündigenden Knastwelt leben muß, die gerade von den Bereichen und Teilen der Gesellschafts(realität), die mich am meisten interessieren, weitgehend abgeschottet ist.
> Das ganze kommt mir oft absurd vor: lange Jahre meines Lebens fehlte mir die innere Bereitschaft, mich mit verschiedensten gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen und darauf einzulassen, und heute, wo das anders ist, und ich selbst gern mit den unterschiedlichsten Menschen reden und sie kennenlernen würde, wird das durch die äußeren Bedingungen fast vollständig verhinder.

Bundesanwaltschaft und Teile der Justiz- und Sicherheitsapparate wollen die alten Konfrontationslinien auf Biegen und Brechen aufrechterhalten und dafür soll und muß jede öffentliche Auseinandersetzung um die Raf und die Gefangenen aus der Raf verhindert werden. Dafür - nicht nur aber auch - wurde die Anklage gegen mich mittels Manipulationen um die Mordanklagen wegen der Airbase-Aktion und der Erschießung des US-Soldaten Edward Pimental erweitert, denn mein Name sollte nicht weiter mit Bad Kleinen oder der Zäsur-Entscheidung der Raf in Verbindung gebracht werden, sondern genau mit den Aktionen, die selbst in der Linken auf massivste Kritik und Verurteilung gestoßen waren. Ich habe diese nachgeschobene Pimental-Anklage immer in diesem Kontext gesehen - über sie sollte versucht werden, mich aus einer öffentlichen Diskussion auszugrenzen, zumal ja bekannt war, daß ich mich seit meiner Verhaftung immer bemüht habe, Gedanken und Reflexionen über die Raf-Geschichte öffentlich zu machen. Für ein Lebenslänglich-Urteil wäre diese Anklage-Erweiterung zumindest bei diesem Senat wohl nicht nötig gewesen.
Vor Öffentlichkeit und einer öffentlichen Auseinandersetzung herrscht offensichtlich die größte Angst - anders sind auch diese irrsinnig begründeten Beschlüsse zur Ablehnung von Interviews nicht zu erklären. Da wird seitens des Senats immer wieder und wider besseres Wissen behauptet, ich würde den bewaffneten Kampf propagieren - doch meine Texte sind dahingehend eindeutig und lassen keinen Spielraum für andere Interpretationen offen.

Gegen die Beschlüsse des OLG zur Verweigerung von Interviews hat mein Verteidiger eine Verfassungsbeschwerde gemacht - sie wurde zurückgewiesen. In der Begründung des BVG vom 31.Aug.96 heißt es dazu:

> "Das OLG knüpft dies (die Verweigerung einer Interviewgenehmigung) an die Erwägung, daß die Beschwerdeführerin auch weiterhin als führendes Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF) zu betrachten sei und sich - ungeachtet ihrer Kritik an der Strategie der Vereinigung und dem Stil ihrer Führung in bezug auf bestimmte Vorfälle - nach ihrem bisherigen Erklärungsverhalten grundsätzlich auch weiterhin zu ihren Zielen bekennt. Mangels anderer Anhaltspunkte sei daher davon auszugehen, daß die Beschwerdeführerin auch bei Interviews und mit Hilfe von Filmaufnahmen diese Haltung bekunden und damit erneut den Tatbestand des § 129a StGB verwirklichen werde."
> und weiter:
> "Die Beschwerdeführerin kann sich demgegenüber nicht auf Art. 5 Abs 1 GG berufen, Straftaten genießen keinen Grundrechtsschutz."

Das in diesem Land angebliche Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 GG gilt für mich also nicht, denn das was ich sage, erfüllt einen Straftatbestand. Das BVG erkennt in seinem Beschluß zwar, daß ich die Strategie der Raf heute kritisiere, aber ich würde weiterhin an den Zielen festhalten. Es sind also die Ziele, die aus der Sicht des Obersten Gerichts dieses Landes den Straftatbestand des § 129a StGB erfüllen - und nicht etwa die Propagierung der Strategie des bewaffneten Kampfes.
Und in der Tat ist es ja auch so, daß das, was ich in meinen Erklärung hier vor Gericht an Zielen formuliert habe, sich inhaltlich mit denen in Raf-Schriften deckt.
Schon in den 70er Jahren war in Raf-Texten, da wo es um die Formulierung allgemeiner Zielvorstellungen ging, von 'Befreiung der Menschen' die Rede, oder im ersten Satz unserer Zäsur-Erklärung vom April 92 heißt es beispielsweise: "An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann."
Es handelt sich also um Ziele, die in Begriffen und Kurzformeln wie: 'Befreiung', 'gerechtere Welt', 'gegen Ausplünderung ganzer Kontinente und für eine gerechte Verteilung des Reichtums' oder 'für ein menschenwürdiges Leben' gefaßt worden sind.
Ja, ich habe in meinen Texten und Briefen keinen Zweifel daran gelassen, daß es diese Ziele von einer menschlicheren und gerechteren Welt sind, denen ich mich weiterhin verbunden fühle. Und wenn die Formulierung und das Aussprechen solcher Ziele in diesem Land einen Straftatbestand nach § 129a StGB darstellt, dann werde ich sicherlich auch zukünftig eine Straftat nach der anderen begehen.

Aber so ist dieser Beschluß wohl gar nicht gemeint. Es wäre heute wohl kaum denkbar, daß das BVG eine solche Entscheidung bei einem Menschen trifft, der nicht der Raf-Mitgliedschaft angeklagt ist. Für mich ist diese BVG-Entscheidung ein typisches Lex-Raf-Beispiel. Es sagt viel über die politische Situation und die politische Kultur in diesem Land aus, daß auch ein Gericht wie das BVG 1996 solche Beschlüsse faßt und ganz offensichtlich nicht den Mut findet, neue Signale im Umgang mit Gefangenen aus der Raf zu setzen, Signale, die die Tür für eine Auseinandersetzung und Diskussion um die Raf-Geschichte hätten aufmachen können.

Den reaktionären Teilen der Staatsschutz- und Justizapparate bleibt also weiterhin freie Hand - auch für das, was ich oben als Wiederbelebungsversuche alter Konfrontationsstellungen bezeichnet habe. Zu diesen Versuchen die Geschichte zurückzudrehen, gehört für mich z.B., daß in den letzten Jahren wieder Menschen in die Illegalität getrieben wurden, und zwar systematisch, mittels Haftbefehlen wegen der Zeitschrift 'Radikal', oder den Ermittlungen wegen der Weiterstadt-Aktion, wo ja gegen viele Leute Beugehaft angeordnet worden war und ein Haftbefehl ergangen ist. Diese ganze absurde Konstruktion, Steinmetz sei an dieser Aktion beteiligt gewesen und in den Koffern seines Motorrads sei der Sprengstoff transportiert worden, hatte von Anfang an die Kriminalisierung von Menschen aus linksradikalen Zusammenhängen zum Ziel.
Aber das scheint ja aus den unterschiedlichsten Gründen niemand hören zu wollen - die einen nicht, weil sie in Steinmetz den Superagenten sehen wollen und andere nicht, weil sie von dem Gedanken einer von Geheimdiensten gesteuerten Raf völlig fasziniert sind.

Ich finde, man sollte eins nicht unterschätzen, bei Behörden wie der Bundesanwaltschaft gibt es zu bestimmten Abläufen und Entwicklungen mehr Wissen als allgemein bekannt ist.
Zu diesem Wissen gehört u.a., daß es in der Vergangenheit immer Leute gab, die aus den verschiedensten Gründen in die Illegalität gegangen sind - manchmal auch getrieben wurden - und die sich aus dieser Lebenssituation dann irgendwann der Raf angeschlossen haben. Es gibt sicher keinen Automatismus, der besagt, daß der Weg in die Illegalität automatisch zur Raf führt - und es gibt sicher mehr Menschen, die diesem Weg nicht gegangen sind, als andere. Gerade in den 80er Jahren gingen ja viele in die Illegalität, längst nicht alle gingen auch zur Raf. Es gab damals von der Raf getrennte eigenständige Strukturen und ganz unterschiedliche Formen von Praxis - von der Herstellung einer Zeitung und Organisierung von Diskussionen bis zu militanten Aktionen.
Aber für manche, wie z.B. für Wolfgang Grams und mich führte er zur Raf.

Hier in diesem Verfahren wurde ja immer wieder behauptet, Wolfgang Grams und ich seien im Februar 84 in die Illegalität gegangen, um uns in der Raf zu organisieren - das stimmt nicht und das ist auch den zuständigen Behörden seit damals bekannt.
Es ging um ein geklautes Auto das aufgeflogen war, ein Schwachsinnsprojekt, und es hatte mit der Raf nicht das geringste zu tun.
Für Leute wie uns, aus unseren politischen Zusammenhängen, hätte eine solche Geschichte natürlich sofort zu einer hohen Knaststrafe geführt - wie das eben gegen Linke hier in diesem Land üblich ist, und um uns dem zu entziehen, sind wir damals in die Illegalität gegangen.
Das war also unsere Situation im Februar 84 - Illegalität, ohne genaue Vorstellungen und ohne zu wissen, wie man ein solches Leben organisiert. In dieser Situation trifft man nicht von einem auf den anderen Tag eine Lebensentscheidung wie die, zur Raf zu gehen. Wann ich diese Entscheidung für mich getroffen habe, also ab wann ich Raf-Mitglied gewesen bin, das weiß von allen, die hier in diesem Saal sitzen, nur ich - im Februar 84 war es jedenfalls nicht.

Interessant ist das alles auch nur in Hinblick auf das aktuelle Vorgehen bestimmter Behörden, denen solche Abläufe bekannt sind. Denn Wolfgang Grams und ich waren ja auch nicht die einzigen in der Raf-Geschichte, bei denen der Weg zur Raf darüber gelaufen ist, sich der Verfolgung oder einer Knaststrafe zu entziehen und die in der Illegalität die Entscheidung getroffen haben, zur Raf zu gehen.
Und genau diesen Mechanismus scheinen die staatlichen Verfolgungsbehörden heute gezielt einzusetzen, um Menschen in diese Situation in ein Leben in der Illegalität zu treiben - wohl in der Hoffnung, daß sich auf diesem Weg wieder bewaffnete Gruppen konstituieren.
Auch um die Wiederholung solcher Abläufe zu verhindern, erscheint mir der Versuch einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Raf-Geschichte so wichtig.
Gegen diese Auseinandersetzung gibt es staatlicherseits die verschiedensten Widerstand, denn die Politik überläßt das Feld den Verfolgungsbehörden und einer Rachejustiz - die da ihre eigenen Interessen und Ziele verfolgen - und die das 'Problem Raf' bzw. Gefangene aus der Raf aus justizeller Ebene behandeln und abarbeiten wollen und sollen.

Doch die Raf - und das zeigt auch die mehr als 20-jährige Kontinuität dieses Kampfes - war immer und in erster Linie die Reaktion von Menschen auf die hier herrschenden Verhältnisse. Bei allen Verirrungen und allen Fehlern, wir waren kein krimineller Haufen, der losgezogen ist um irgendwelche Besitztümer anzuhäufen oder ähnliches. Und wer heute versucht, der Raf-Thematik auf dieser Ebene zu begegnen, der hat dafür seine eigenen Motive - und die dürften, wie es in diesem Land gute alte Tradition ist, zuallererst im Bereich der Verdrängung zu suchen sein.

Sich mit der Raf-Geschichte auseinanderzusetzen heißt zum einen, sich mit dieser Gesellschaft und den hier herrschenden Denk- und Wertmustern auseinanderzusetzen. Und es heißt auch, eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dieses Landes, denn ohne NS-Faschismus, die Tabuisierung und Verdrängungen nach 45 und diesem daraus resultierenden massiven Abgrenzungsbedürfnis einer ganzen Generation gegen diese Eltern, hätte es die Raf in dieser Form und über diese Zeitspanne nie geben können.
Man braucht sich heute doch bloß die Reaktionen und die Abwehr auf das Goldhagen-Buch anzuschauen, dann weiß man a u c h, warum es eine Auseinandersetzung mit der Raf-Geschichte nicht geben soll

Nicht nur die Irrungen auf unserer Seite, unsere Bereitschaft zur Eskalation und die Verselbständigungen des Militärischen habe eine sehr viel engere Verbindung zur Geschichte dieses Landes, als uns, oder zumindest mir, das lange bewußt war.
Aber auch diese völlig überzogenen Reaktionen auf staatlicher Seit Ausnahmezustand 77, das öffentliche Nachdenken von Politikern über standrechtliche Erschießungen von Gefangenen, um Druck auf die Schleyer-Entführer auszuüben, Killfahndung und Morde an Gefangenen haben diese geschichtlichen Wurzeln.

Es brauchte da schon zwei Seiten, die gut zueinander paßten, damit diese Eskalationsspirale so funktionieren konnte, wie sie funktioniert hat - das hat nicht die Raf allein zu verantworten.

Über diese Zusammenhänge, dieses Zusammenspiel, gibt es heute ja wohl bei einigen Leuten, die in den 70er Jahren in verantwortlichen Positionen auf Staatsseite wichtige Entscheidungen in bezug auf die Raf bzw. auf Raf-Gefangene getroffen haben, durchaus ein Bewußtsein. Es wäre sicher nicht schlecht, wenn sie das über Gespräche im privaten Kreis hinaus, auch in eine öffentliche Debatte über diese Zeit einbringen würden.

Ich glaube zwar auch nicht, daß eine Auseinandersetzung über all diese Fragen heute auf allzu breites Interesse stößt, aber es gibt Menschen, die diese Diskussion führen wollen und es gibt viele und die unterschiedlichsten Gründe dafür.
Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist staatlicherseits ein anderes Umgehen mit uns und unserer Geschichte und dafür braucht es Signale in diese Richtung, die nur von der Politik kommen können.





Kritik an der Sexualitätsdebatte

So kuhl und so un-pc – die gemischtgeschlechtliche Linke und die „Sexualitätsdebatte" in der Interim

Nachdem ich die Interim geraume Zeit nicht mehr gelesen hatte, bekam ich das große Kotzen, als ich sie wieder zur Hand nahm.

Durch FreundInnen war mir mitgeteilt worden, daß sich darin eine Debatte über Sexualität entsponnen habe, ausgelöst durch den Verkaufsboykott der Arranca Nr. 8 durch die FrauenLesben des Hamburger Schwarzmarktes. Mit ziemlichen Anlaufschwierigkeiten (die Analyseversuche von Herrschaftsverhältnissen, ganz besonders der patriarchalen, finde ich in linken/linksradikalen Medien immer reichlich dürftig), begann ich mich dann doch für die „Auseinandersetzung" zu interessieren und mir die entsprechenden Interim-Ausgaben und die besagte Arranca-Ausgabe durchzulesen. Neben dem oben beschriebenen Erfolg stehe ich jetzt wohl doch bald endgültig vor der (schon seit längerer Zeit überlegten) Entscheidung, ob ich mein Verständnis von linksradikaler Politik noch in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen umsetzen kann und will.

Meine Kritik richtet sich konkret an die Redaktion der Interim, also an die Interim-Frauen und -Männer. Dabei verstehe ich meinen Beitrag nicht als Teil der sogenannten „Sexualitätsdebatte", sondern als Kritik *an* dieser Debatte.

Die Reaktion auf die Entscheidung der Hamburger Schwarzmarkt-FrauenLesben (die ich voll und ganz unterstützen kann), die erwähnte Arranca-Ausgabe nicht zu verkaufen, finde ich äußerst bezeichnend für den Bewußtseinsstand der gemischtgeschlechtlichen Linken in Bezug auf Patriarchats- und Sexismuskritik: Eine Gruppe feministischer FrauenLesben begründet in einer mehrseitigen Stellungnahme ihren Entschluß, die ihrer Ansicht nach anti-feministische und androzentrische Ausgabe der Arranca mit dem Schwerpunkt Sexualität nicht zu verkaufen. Obgleich sie noch nicht einmal Solidarität sondern lediglich Verständnis für ihren Beschluß einfordern, häufen sich fortan in der Interim Artikel, in denen die FrauenLesben zu bedrohlichen „Moralapostellinnen" der Linken hochstilisiert werden (siehe „Carrie und McMurphy"/"C&M",I. 378, I. 395).

Wenn eineR der TeilnehmerInnen der „Debatte" auf die Stellungnahme der Hamburger Schwarzmarkt-FrauenLesben scheinbar „positiv" reagiert, also vorherige Ansichten reflektiert und möglicherweise revidiert (siehe „Kermit"), wird ihm/ihr (in diesem Falle ihm) vorgeworfen, aus „Angst" vor radikalen Feministinnen "beeinflußt" worden zu sein (siehe „C&M", I. 383). Mit dem heraufbeschworenen Szenario von zu erwartenden „affektgeladenen Taten neurotischer Opfer/Täter"(siehe „C&M", I. 383) wird das alte frauenfeindliche und anti-feministische Bild der „hysterischen", „schwanzabschneidenden Feministin" reproduziert.

Nach dem Motto: „Alle müssen alles sagen dürfen", kann in der Interim jedeR ihre/seine Probleme, Widersprüche und Abneigungen mit oder gegen feministische(n), anti-patriarchale(n) Ansprüche(n) auswalzen. Diese sogenanne „Sexualitätsdebatte" erscheint dabei einigen TeilnehmerInnen als Möglichkeit, gegen „dominante einfache saubere Weltbilder kämpfen" (siehe „C&M", I. 395) zu können. Diese Verkehrung von Tatsachen - vielleicht ist es mir ja auch nur entgangen, daß der linksradikale Feminismus inzwischen zu einem dominanten Weltbild geworden ist - ist nicht nur polemisch, sondern Teil des rollbacks in der linken Szene. Das Feindbild ist nicht das patriarchale System, sondern moralisierende Feministinnen, die sich scheinbar gegen eine „Befreiung" der Sexualität richten. Der zu erwartende Einspruch von feministischer Seite bei sexistischen, patriarchalen Äußerungen wird gleichgesetzt mit dem Repressionsapparat des Staates, der Begriff der „pc-Polizei", der in der Szene benutzt wird, offenbart dies exemplarisch. Daß innerhalb der bestehenden sexistischen Macht-, Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse die Gewalt nicht von Frauen ausgeht (auch wenn sie sie oftmals mittragen), bleibt dabei nebensächlich.

Die hier aufgezeigte und in die Tat umgesetzte Forderung nach (bürgerlicher) pluralistischer Meinungsvielfalt erstreckt sich in der gemischtgeschlechtlichen Linken immer nur auf das Geschlechterverhältnis. Beim Thema Rassismus werden solche Kompromisse - zurecht - nicht gemacht. Mensch stelle sich vor, in der Interim würde eine Diskussion darüber begonnen, wie schwer es für die Mitglieder der radikalen Linken wäre, ihr rassistisches, bisweilen faschistoides Verhalten gegenüber nicht-deutschen, nicht-weißen Menschen zu verändern. Der Artikel eines „linken" Typen, der lang und breit erklärt, was für gewalttätige Phantasien er beim Anblick eines Schwarzen habe, würde sicher nicht als wichtiger Beitrag zur Rassismusdebatte von der Interim-Redaktion abgedruckt werden. Weitere Beispiele dieser Art will ich hier nicht aufzählen, ich fände sie ziemlich ätzend.

Auf Kosten von Frauen wird diese liberalistische Toleranz jedoch betrieben. Die Begründung der Interim-Frauen und -männer, den Artikel von „Petito Correcto" (siehe I. 385) zu veröffentlichen, finde ich mehr als unzureichend und verantwortungslos. Sicher handelt es sich bei „Petito" um „kein besonders exponiertes Exemplar" seines Geschlechts, aber auf diese Art von „Bekenntnissen" linker Männer kann ich wirklich verzichten, um solchen Müll anzuhören oder mitzukriegen brauche ich mir nicht die Interim durchzulesen. Dafür muß ich nur auf eine Häuser-Demo (Punks mit Aufnäher: Sexisten gegen Rassismus) gehen oder ein Gespräch mit einem „Genossen" zum Thema Geschlechterverhältnis führen. Mit dem Abdrucken der Texte von „Petito" eröffnet ihr diesem einen Raum, der ihm zur Selbstdarstellung und Selbstbefriedigung (ein „Gefühl" wie an Weihnachten befällt IHN, wenn SEIN Artikel gedruckt wurde) dient. Denn bei der „Sexualitätsdebatte" geht es um fast nichts anderes als um die Darstellung männlicher, heterosexueller Sexualität. Egal, ob sich „Petito" selbst äußert oder die anderen TeilnehmerInnen der Debatte auf ihn antworten oder Bezug nehmen, es geht um die Probleme und die zwiespältigen Gefühle von *Männern* bei ihren scheinbaren antipatriarchalen Veränderungsabsichten. Der Tip, solche Texte einfach zu überlesen kann wohl nicht ganz ernst gemeint sein, einen rassistischen würde ich auch nicht einfach überlesen (weil er natürlich gar nicht erst drin wäre).

Mir ist es ehrlich gesagt scheißegal was für Probleme Männer beim Aufarbeiten ihrer sexistischen Ursuppe haben, ich habe wirklich keine Lust, auch noch als Leserin einer gemischtgeschlechtlichen „linksradikalen" Zeitung die Funktion des seelischen Mülleimers einzunehmen. Von der Interim erwarte ich eigentlich keine reaktionären, herrschaftsstabilisierenden Beiträge. Um solche handelt es sich meiner Ansicht nach jedoch bei der Debatte um Sexualität, sowohl bei den Beiträgen von „Petito" als auch bei den von „Carrie & McMurphy", welche den Begriff „political correctness" durchgehend als negatives Dogma begreifen und darstellen. Letztere versuchen in ziemlich platter und polemischer Weise eine Art Diskursethik zu entfalten, deren Akzeptanz sie mit der Auflistung von Namen der wohl zur Zeit bekanntesten feministischen Theoretikerinnen (im deutschsprachigen Raum) zu untermauern versuchen (wissenschaftliches Bluffverhalten läßt grüßen). Als Quintessenz ihrer Ausführungen fordern sie die (gemischtgeschlechtliche) Diskussion über Sexualität mit dem Ziel der Dekonstruktion der „kulturellen Geschlechter". Ihrem eifrigsten Mitdiskutanten, „Petito", bringen sie dabei das entgegen, was bei den Hamburger Schwarzmarkt-FrauenLesben angebracht gewesen wäre: ein Ernstnehmen der Beweggründe, solidarische Kritik und inhaltliche Auseinandersetzung.

Eine solche Sexualitätsdiskussion kann meines Erachtens nicht in einer gemischtgeschlechtlichen Zeitung, schon gar nicht in der Interim mit ihrer Praxis des Sammelns von Beiträgen ohne eingreifendes/strukturierendes redaktionelles Konzept geführt werden. Abgesehen davon, daß ich nicht besonders scharf darauf bin, mich *auch noch* in den linken Medien mit der Sexualität und dem Lustempfinden von Männern auseinanderzusetzen, und ich mich natürlich lieber mit weiblichem Lustempfinden beschäftigen wollen würde, geht eine solche Diskussion an gesellschaftlichen Tatsachen vorbei. Dem Wunsch nach einer Debatte über Sexualität liegt scheinbar die Annahme zugrunde, die sexuelle Identität sei eine autonome, individuelle Kraft, die durch die sozialen Zwänge in Schach gehalten und eingedämmt werde. Damit wird die sexuelle Befreiung von Frauen auf ihre individuelle Autonomie reduziert. Frauen haben jedoch nicht gelernt, sich eigene Vorstellungen von Sexualität zu machen und zu verwirklichen, sie sind keine autonomen Individuen mit gleichverteilter Macht. Sexualität ist ein kompliziertes Gebilde aus sozialen und kollektiven Prozessen und individueller Identität. Sie wird konstruiert durch die Macht des Staates, der wissenschaftlichen und moralischen Institutionen und der sexistischen Ideologie männlich definierter Lust.

Natürlich sind Frauen innerhalb dieses Prozesses nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte, doch eine Diskussion darüber führe ich lieber in FrauenLesben-Zusammenhängen. Nicht nur aus persönlichen Gründen, sondern weil das Geschlechterverhältnis in erster Linie ein Gewaltverhältnis ist, und eine gemischtgeschlechtliche Auseinandersetzung frauenpolitischen, feministischen Zielsetzungen nicht dient (obwohl es innerhalb der Frauenbewegung noch nie einen einheitlichen Standpunkt zum Thema „Sexualethik" sondern immer schon vielfältige Ansätze gab und gibt).

Die Interim macht durch das Abdrucken der von mir kritisierten Artikel deren sexistische und anti-feministische Inhalte diskutierbar und trägt damit (möglicherweise unbeabsichtigt) zum backlash der bürgerlichen Presse und patriarchalen Medienöffentlichkeit gegen (linksradikale) feministische Politik bei. Ich erwarte von euch (Interim-Frauen und -männer) nicht nur eine Stellungnahme zu den von mir geäußerten Vorwürfen, sondern auch eine Begründung, was ihr euch von der „Sexualitätsdebatte" eigentlich für eine linksradikale - und dazu gehört für mich eine fundamentale Patriarchats- und Sexismuskritik, sonst kann von „linksradikal" nicht gesprochen werden - Theorie und Praxis versprecht. Aber vielleicht sollte ich mich doch gleich der Meinung einer (ebenfalls gemischtgeschlechtliche Zusammenhänge erprobten) Frau („O.K.") zum selben Thema (Arranca, Interim) anschließen, die in der letzten Ausgabe der Hamburger Frauenzeitung die These aufstellte, daß Patriarchatskritik und Sexismuskritik nicht Teil linker Politik sind. Für beide Seiten wäre dies wohl einfacher und, gemessen an der Anzahl und Häufigkeit inhaltlicher Auseinandersetzung mit und Aktionen und Solidaritätsbekundungen gegen Patriarchat und Sexismus in gemischtgeschlechtlichen Gruppen, wohl auch richtiger.

Eine brech-Gereizte

(oder ein/e neurotische/s, affektgeladene/s Opfer/Täterin ? Macht euch mal nicht in die Hosen, Carrie und McMurphy ...)

WIR ZIEHEN AM 1.11. UM

AB 4. NOVEMBER

N.★N. BÜCHER

KASTANIEN=ALLEE 85
10435 BERLIN - PRENZLAUER BERG

WARUM SOLLTE ES BEI UNS ANDERS SEIN...

Zur Zeit gibt es in Heidelberg etliche Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen. Einige davon werden in den nächsten Monaten zur Anklage kommen.
Die dabei entstehenden Kosten sind weder von den Betroffenen selbst noch von den bestehenden Solidaritätsstrukturen zu tragen.
Auch das ist eine Möglichkeit, Menschen an ihrer politischen Betätigung zu hindern.
Die Autonome Antifa HD solidarisiert sich mit den Angeklagten und will die Prozesse beobachten und betreuen, nach Möglichkeit den Großteil der Kosten übernehmen.
Hierfür sind Spenden dringend notwendig.

HELFT MIT!

SPENDEN AN: GEGENDRUCK E.V., STICHWORT AAG/ARG
HEIDELBERGER VOLKSBANK, KTO-NR.: 211 522 00
BLZ 672 900 00

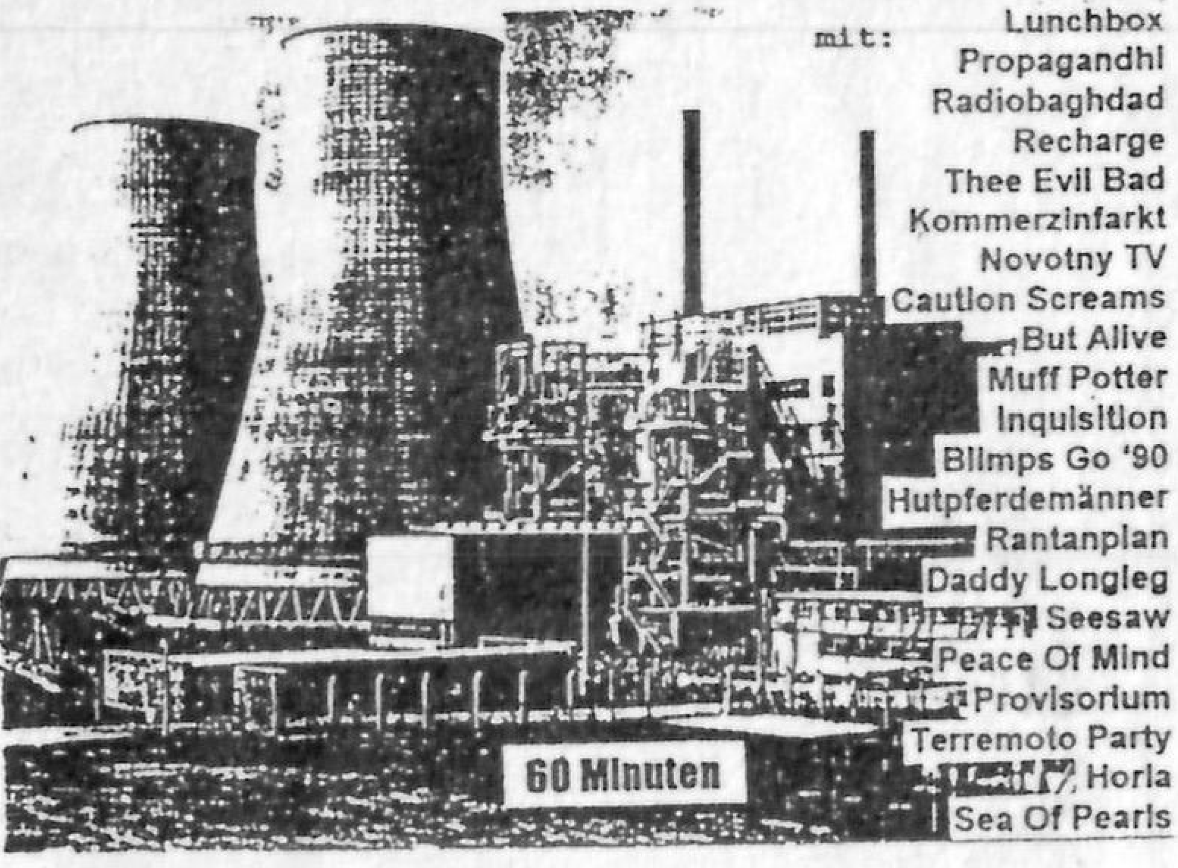
antirepressionsgruppe
der Autonomen Antifa HD
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fon/Fax: 06221/ 2 26 52
November 1996

Wir veranstalten am 16. November 96 eine Karibik Party in der Köpenicker 137.
Es gibt einen Limbo Contest, einen Surfwettbewerb eine Coktailbar und verschiedene D.J.'s die gute Tanzmusik auflegen.
Es wird gut geheizt. 30 Grad garantiert. Deshalb wird um Beachoutfit gebeten.





das Benefiz-Tape für die autonome Anti-AKW-Bewegung



NEU!

7,- Mack davon 3,- Spende

Bestellungen 7,- + 3,- Porto = 10,- an:

INFOLADEN BANKROTT
- Anti-AKW-Tape -
Dahlweg 64
48153 Münster





SCHACHT DICHT ... war eine der Forderungen unserer Besetzungsaktion an den Fördertürmen des Endlagerbergwerkes in Gorleben am 20./21. Juni 1990. Die folgenden Strafverfahren wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung wurden eingestellt. Drei Jahre später flatterten den vierzehn TurmbesetzerInnen Mahnbescheide ins Haus, mit der fantastischen Forderung der Bundesrepublik Deutschland über 126.901,10 DM. Neben ca. 280 DM tatsächlichen Schaden sollen die Kosten dafür übernommen werden, daß ein Tag lang die Alibi-Erforschung des Gorlebener Salzstocks unterbrochen wurde. Wir TurmbesetzerInnen wehren uns dagegen, wollen in dem Zivilverfahren bis zur letzten Instanz gehen und haben uns weiter mit dem Thema beschäftigt. Dieses Buch befaßt sich mit der Problematik Atommüll, zeigt die Verbindung zur Bombe, entwirrt Atomfilz, setzt sich mit juristischen Folgen auseinander, ermöglicht Einblicke in den Widerstand und wagt Ansätze der Veränderung anzureißen.

Es bleibt dabei:

GORLEBEN STOPP - Alle Atomanlagen abschalten

Gorlebener TurmbesetzterInnen

- Leben im Atomstaat -

Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker

ca. 320 Seiten DIN A5, Preis 20,- DM.
Oktober 1996 1. Auflage: 3.000,
ISBN 3-928117-06-8

Herausgeberin: TurmbesetzerInnen
c/o Rondel, 29439 Lüchow, Fax 05849-378

BAHAMAS

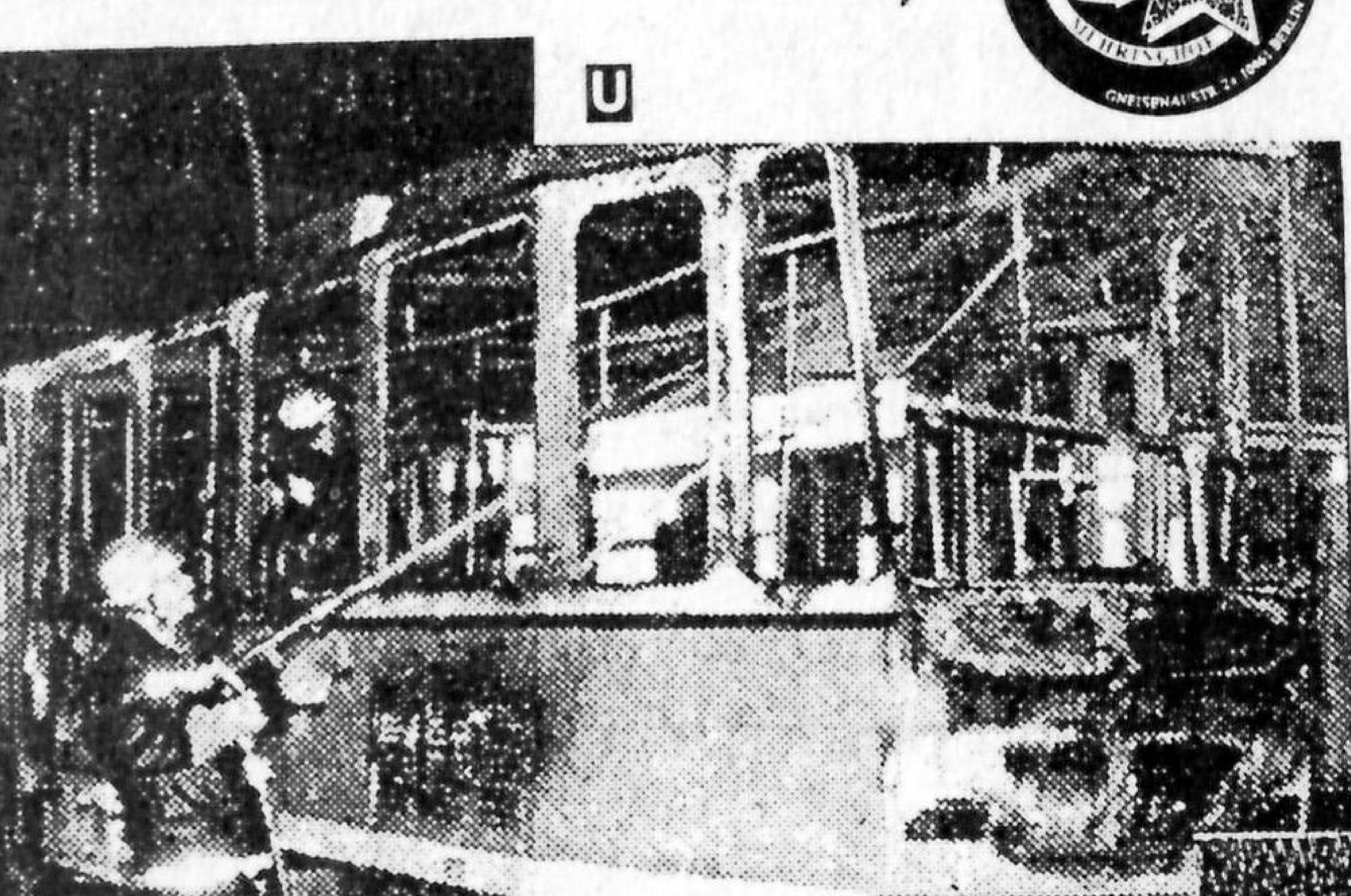
Nr. 21 – Herbst 1996

Wahn der Wirklichkeit

* Das Grevesmühlener Gefühl *
* Kommandiert Deutschland in der NATO? *
* Fetisch „Friedensprozeß" und Israel *
* „Padanien" und die italienische Linke *
* Deutsche Linke als Antizionisten in Libyen *
* Französische Linke und der Negationismus *
* Debatte: „Krisis" zum Subjekt der Aufhebung *
* Peter Handke und die Serbenfresser *
* Linke und Drogen * u.a.m.

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben;
Einzelpreis DM 7,50 (nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44
Postfach 620628, 10796 Berlin, Konto: E. Müller
Nr. 12005270, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

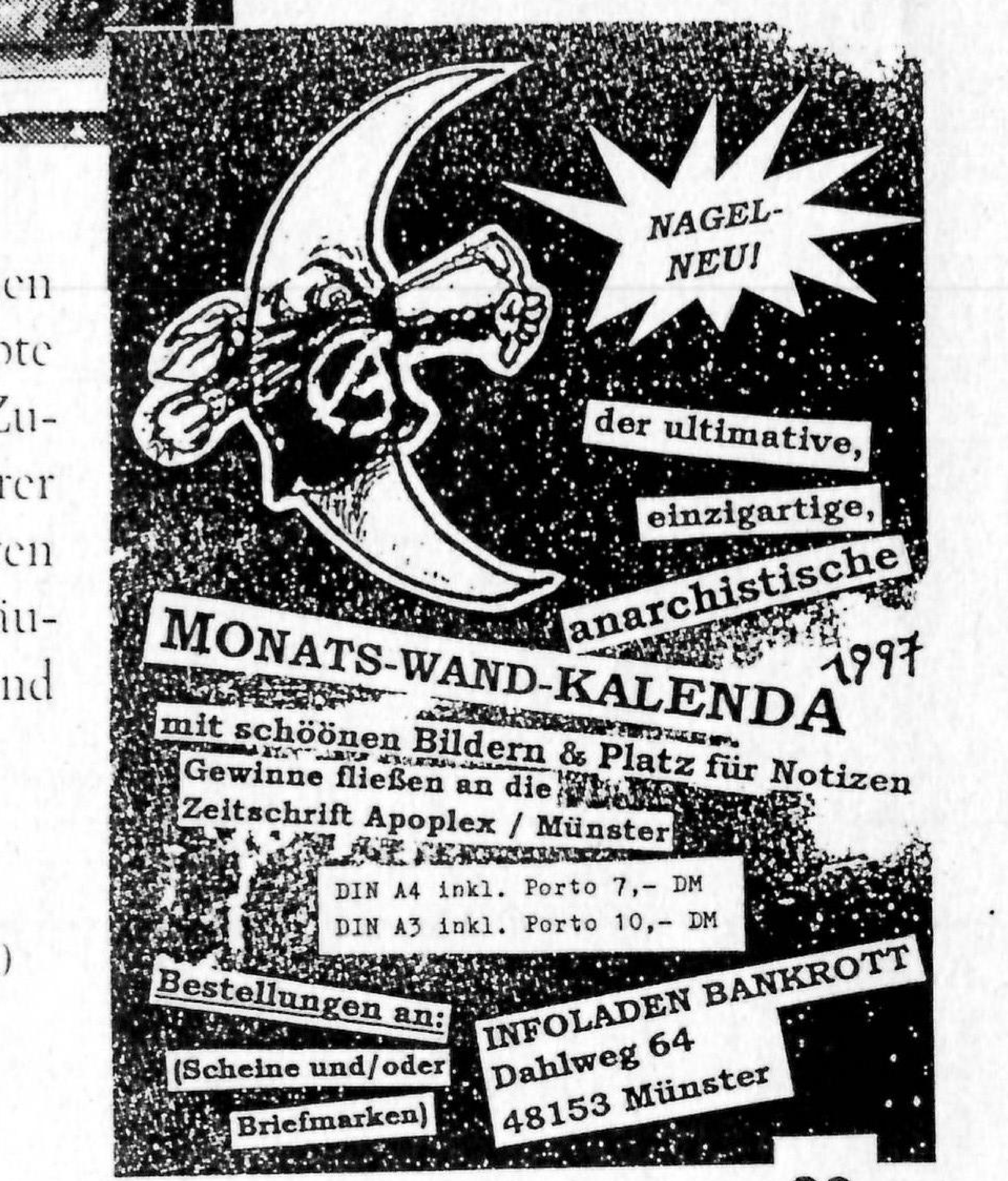




DAS KOMMUNE-BUCH

Sind alternative Kommunen Anachronismen oder gelebte Utopien einer besseren Zukunft? Mitglieder größerer Kommune-Projekte berichten über Hoffnungen und Enttäuschungen, über Probleme und Erfolge.

304 S., ISBN 3-89533-162-7
DM 29,80 / öS 218,- / sFr 26,80




Nie wieder weg
24.-30.11.96
TU ERNST
Spektakel gegen den Hauptstadtwahn
EX im Mehringhof:
Disco Sa.16.11. 22.00 Uhr
Infoladen Omega
Sparstr.21
Donnerstag ist FRAUENTAG: Video "Go Fish" mit
Herzschmerzcocktail und warmen Essen
Kino im Größenwahn:
Kinzigstr.9 Hinterhaus
Do.14.11. 20.00 Uhr
"Sag niemals nie" 6 Jahre Mainzer Räumung
Fr.15.11. 21.00 Uhr
"Out of Rosenheim"
Sa.16.11. 15.30 Uhr
Kaffee und Kuchen
"Delicatessen" 17.00 Uhr
Mi.20.11. 20.00 Uhr
"Hinter diesen Mauern" Mumia Abu
Jamal
wahre schule
live
U-Bhf Identity-Tor
in falschem geruch
von ghetto hier¿
Sa 16.11. im
ANORAK
DUNCKERSTR.
Kino im KOB:
Potsdamer Str.157
So.17.11. 19.30 Uhr
Volxküche, dann "Die Verurteilten" 20.30
Uhr+"Dolores" 22.30 Uhr
Mo.18.11. 20.30 + 22.30 Uhr
"Tania-la Guerillera"
Di.19.11. 20.30 + 22.30 Uhr
"Braveheart" OF
Veranstaltungen im El Locco:
Kreuzbergstr.43
Fr.15.11. 20.00 Uhr
Infoveranstaltung "Dr.Best (SS),Test the West"
So.17.11. 17.00 Uhr
Film "Faust" von W.Murnau 1926
Fr.22.11. 19,99 Uhr
Veranstaltung "Traum oder Trauma-die AnarchistInnen die lachenden VerliererInnen der Geschichte?"
Sa.23.11. 19.00 Uhr
Vorstellung des Neuköllner Vereons "Lesen+Schreiben"
So.24.11. 17.00 Uhr
Infoveranstaltung "Capitalismo o Muerte?" hat Kuba eine Zukunft und wenn ja welche?
Mi.27.11. 20.00 Uhr
Filme "Wenn man die Natur vertreibt"+"Wenn die Vergangenheit die Gegenwart verdrängt" von O.Tolmein+B.Rotermund

Erinnerung an ein altes Lied





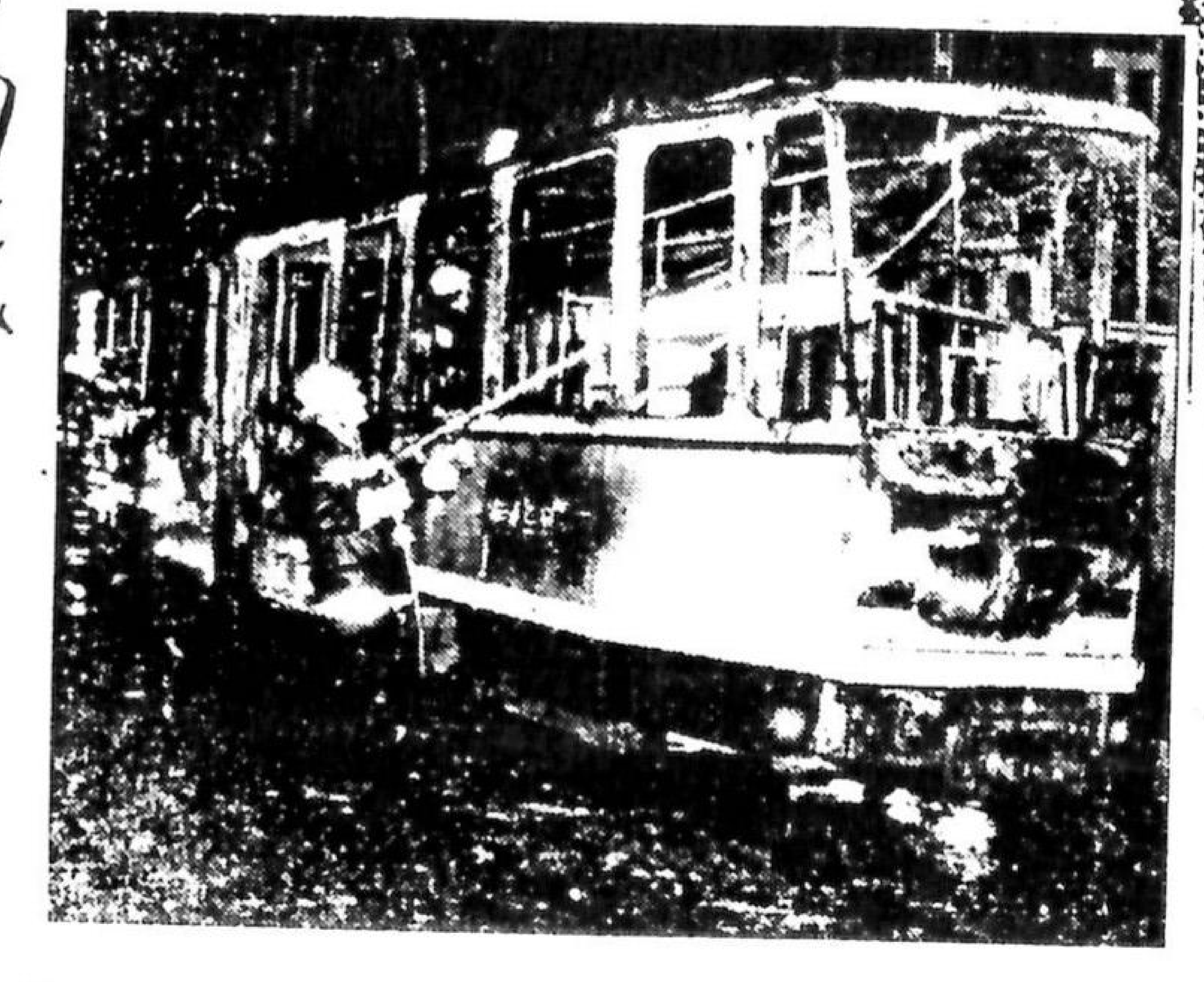
Berliner Verkehr

Fremdling, der die
Metropole
Deutschlands du
studieren willst,
Dopple deine
Stiefelsohle,
Eh' den Wissens-
durst du stillst.
Stopfe dir und deinem Weibchen
Kissen unter Wams und Leibchen;
Sich're Rumpfgerüst und Magen,
Dass sie einen Puff vertragen.

Nicht, dass der Berliner mörd'risch,
Freund, dir was zuleide tut.
Doch es haust verkehrsbeförd'risch
Hierorts, ach, ein Institut,
Plagegeist des Publikumes,
Welches eingesetzt ist, um es
Des Gelüstes zu entwöhnen,
Der Bequemlichkeit zu frönen.



Löhne sanken in die
Tiefe,
Stempelgelder ebenso.
Doch die B.V.G.-
Tarife
Stiegen aufwärts
lebensfroh.
Menschen, welche
wenig essen,
Kann man dicht zusammenpressen,
Und wenn viele nicht mehr fahren,
Lässt sich Personal ersparen.



Bahnen, Busse, — schon entschwinden
Linienweis' sie dem Verkehr.
Kannst du keinen Anschluss finden,
Nun, so laufe hinterher.
Doch vertraust du dich den Schienen,
Oh, so wirst du die Sardinen,
Die sich doch recht eng bescheiden,
Um den Platz im Oel beneiden.

Drum, ob die Verkehrsgesellschaft,
Fremdling, dich und deine Frau
Von der Bahn noch zum Hotel schafft,
Dieses weiss kein Mensch genau.
Aber bringst du deine Glieder
Unzerquetscht zur Heimat wieder,
Rühm' die B.V.G. den Leuten!
(Wird wohl „Braucht viel Geld" bedeuten.)



Erich Mühsam

Ulk, Nr. 44, 29. Oktober 1931





Kämpfen wir gemeinsam gegen Faschismus, Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung!

Demonstration

Samstag · 23.11.96 · 14 Uhr · Frankfurter Tor (U5 Petersburger Straße)

Mahnwache

Donnerstag · 21.11.96 · 14 - 18 Uhr · U-Bahnhof Samariterstaße

Antifa heißt Angriff !

Kontakt:
Jugendantifa Friedrichshain
c/o B. Setzer
Schreinerstr. 47
10247 Berlin

Aufrufer: Jugendantifa Friedrichshain, Antifa Jugend Aktion Kreuzberg, Antifa Süd-Ost, Antifa Jugendfront, Antifaschistische Aktion Berlin, Jugendantifa Rote Dornen Mitte und Prenzlauer Berg, Rote Söckchen Friedrichshain, AG Autonome Gruppen i.u.b.d. PDS, Edelweißpiraten.